



KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG
Politische Akademie

Wolfgang Reeder

**Geld:
Sozialbindung
und Freiheit**

*“Seyen sie versichert, dass ich mein Absehen
nur habe, so viel möglich Geld zu gewinnen;
denn das ist nach der Gesundheit das Beste.”*

Wolfgang Amadée Mozart (1756-1791)
Brief an Vater Leopold vom 04.04.1781

Bonn 1991

1.0	Arbeitsteilung und Koordination	
1.10	Planung oder Ordnung ?	3
1.20	Allgemeines Tauschmittel	5
1.30	Geld und Produktivität	8
2.0	Die Geldversorgung der Volkswirtschaft	
2.10	Wieviel Geld braucht eine Volkswirtschaft ?	10
2.20	Woher kommt das Geld ?	14
2.30	Kredit und Kreditschöpfung	18
3.0	Geldwert-Stabilität	
3.10	Der Stellenwert der Geldwert-Stabilität	24
3.20	Konkurrenz oder Monopol der Geldschöpfung ?	27
3.30	Geldschöpfungs-Monopol und Kreditschöpfungs-Grenze	29
4.0	Monetaristische oder Politische Ökonomie ?	
4.10	Die Unabhängigkeit der Notenbank	32
4.20	Notenbank-Autonomie und magisches Viereck	35
4.30	Stabilität oder Instabilität der Marktwirtschaft ?	42
5.0	Haben oder Sein ?	
5.10	Das Geld und die Seele	47
5.20	Das Geld und die Gesellschaft	50
5.30	Das Geld und die Probleme	53
	Literatur	56

1.00 Arbeitsteilung und Koordination

1.10 Planung oder Ordnung ?

1.11 Anarchische Produktionsweise ?

"Jeder produziert für sich mit seinen zufälligen Produktionsmitteln und für sein individuelles Austauschbedürfnis. Keiner weiß, wieviel von seinem Artikel auf den Markt kommt, wieviel davon überhaupt gebraucht wird, keiner weiß, ob sein Einzelprodukt einen wirklichen Bedarf vorfindet, ob er seine Kosten herauschlagen oder überhaupt wird verkaufen können. Es herrscht Anarchie der gesellschaftlichen Produktion." (Engels 1878, S.253)

Friedrich Engels, einer der Begründer jenes Sozialismus, der sich >wissenschaftlich< nennt, spricht hier von vorsozialistischen Produktionsweisen. Die Menschen produzieren arbeitsteilig. Sie konzentrieren sich auf einen Teil der Produkte, die jeder von uns braucht. Die Bäcker konzentrieren sich auf das Brot, die Schneider auf die Kleidung, die Lehrer auf die Ausbildung, die Zimmerer auf die Häuser, die Richter auf Konfliktlösungen. Wenn die Zimmerer Brot oder Unterricht brauchen, so sind sie auf Bäcker und Lehrer angewiesen; die sind auf die Zimmerer angewiesen, wenn sie ein Haus brauchen. Bäcker und Zimmerer, Lehrer und Schneider, Richter und Tischler und all die anderen Produzenten müssen ihre Güter und Leistungen miteinander tauschen.

1.12 Tauschpartner und Tauschverhältnisse

Die Arbeitsteilung steigert die Leistungsfähigkeit, die Produktivität der Produzenten. Doch die sind jetzt darauf angewiesen, ihre Leistungen untereinander auszutauschen. Das ist in einer kleinen Gruppe, einer Haus- oder Dorfgemeinschaft kein sehr schwieriges Problem. Ganz anders sieht das jedoch aus, wenn sich Tausende oder gar Millionen von Menschen die Arbeit teilen. Dann sehen sich die Produzenten vor drei kaum lösbare Probleme gestellt:

1. Sie müssen unter Tausenden den richtigen Tauschpartner finden. Der Zimmerer, der Brot braucht, muß einen Bäcker finden, der ein Haus braucht. Der Lehrer, der ein Haus braucht, nützt ihm ebensowenig wie ein Schneider oder ein Schmied, die Häuser wollen.
2. Sie müssen -zigtausende von Tauschverhältnissen bestimmen. Die Schneider müssen mit den Bäckern das Tauschverhältnis von Brot und Kleidung klären, mit den Lehrern das von Ausbildung und Kleidung, mit den Zimmerern das von Haus und Kleidung. Bei nur einhundert Gütern müssten sie schon 4950 Tauschverhältnisse bestimmen.
3. Sie müssen den richtigen Tauschpartner zum richtigen Zeitpunkt finden. Der Schneider braucht das Brot jetzt; der Bäcker aber braucht erst im nächsten Jahr einen neuen Anzug. Der Tischler will jetzt eine Entscheidung im Streit mit seinem Nachbarn; der Richter aber hat gerade erst neue Möbel bekommen.

Bedenken wir, welche Probleme Vorgängen zugrundeliegen, die für uns so selbstverständlich sind, so scheinen sie kaum geringer als die Probleme beim Übergang von einer Zentralverwaltungswirtschaft in eine Marktwirtschaft. Wir sehen - wie Friedrich Engels - Unsicherheit, Anarchie, Chaos vor uns. Es scheint nur einen Weg aus Unsicherheit, Anarchie und Chaos zu geben: Arbeitsteilung und Tausch müssen geplant und organisiert werden. Für jeden Produzenten wird bestimmt, was er zu produzieren hat, was er an die anderen abgibt und was er von den anderen erhält.

Solche Organisation setzt eine Macht voraus, der sich die Menschen unterordnen. Das würde aber bedeuten: Wo sich nicht alle Menschen einer Macht unter-, einer Organisation einordnen, da kommen Arbeitsteilung und Tausch nicht zustande. Das ist nun offensichtlich falsch. Die Wirtschaftsgeschichte der Menschheit zeigt, wie unsinnig der sozialistische Glaube ist, nur was Menschen planen, sei vernünftig, nur was Menschen organisieren, könne funktionieren.

1.13 Geld-Funktionen

Ohne Planung hat sich im wirtschaftlichen Umgang der Menschen etwas entwickelt, was die drei genannten Probleme so unmerklich löst, wie wir es gewohnt sind. Präzisieren wir die drei Probleme:

1. Den richtigen Tauschpartner zu finden, ist dann nicht mehr nötig, wenn wir etwas haben, was wir jederzeit bei jedermann wieder eintauschen können. Wir brauchen ein allgemeines Tauschmittel.
2. Wir brauchen nicht mehr -zigtausende von Tauschverhältnissen zu kennen, wenn wir einen Maßstab haben, den wir an alle Güter und Leistungen anlegen können. Wir brauchen eine Verrechnungseinheit.
3. Wir brauchen nicht mehr darauf zu achten, dass Produktion und Bedarf zeitlich genau übereinstimmen, wenn wir ein Tauschmittel haben, das seinen Wert über die Zeit hinweg behält: Wir brauchen ein Wertaufbewahrungsmittel.

Geld-Funktionen

allgemein
anerkanntes
Tausch-Mittel

Rechen-
und Bewertungs-
Einheit

Wert-Aufbewahrungs-
und Wert-
Übertragungs-Mittel

1.20 Allgemeines Tauschmittel

1.21 Waren-Geld

In einer weitestgehend landwirtschaftlich ausgerichteten Wirtschaft werden die Menschen Nutztiere jederzeit wieder eintauschen können. Vieh kann als allgemeines Tauschmittel dienen. Das lateinische Wort für >Geld<: pecunia verweist auf diesen Zusammenhang: pecus bedeutet >Vieh<. Auf den schwarzen Märkten der Nachkriegszeit in Deutschland

waren Zigaretten allgemeines Tauschmittel. Zigaretten hatten einen weiteren Vorteil: Dieses Gut besteht aus kleinen Einheiten. Es war deshalb auch geeignet, als Maßstab, als Verrechnungs-Einheit zu dienen. Mit Vieh oder Zigaretten konnten die Menschen einen Teil der Probleme lösen, die wir genannt haben. Vieh war allgemeines Tauschmittel. Als Verrechnungs-Einheit war es weniger geeignet. Was kann ein Besenbinder herausgeben, wenn achtzig Besen eine Kuh kosten, der Bauer aber nur zwei Besen braucht ? Zigaretten konnten gleichzeitig als Tauschmittel und Verrechnungs-Einheit dienen. Als Wertaufbewahrungsmittel sind sie jedoch nur begrenzt verwendbar. Langes Lagern und häufiges Transportieren wirken sich nicht gerade erhaltend auf ihren Wert aus.

1.22 Zeichen-Geld

Neben Gütern, die selbst einen Gebrauchswert haben, wie Fellen, Waffen, Zigaretten, nutzten Menschen als Tauschmittel dauerhafte Dinge, die selten waren und für sie religiöse oder ästhetische Funktionen hatten: Steine, Muscheln, Federn. Damit konnte auch das Problem der Wertaufbewahrung gelöst werden. Mit der zunehmenden Bedeutung des Metalls verwendeten die Menschen immer mehr Metallstücke, Metallringe, Metallplatten als Tauschmittel, Rechnungseinheit und Wertaufbewahrungsmittel.

Metallstücke kann man mit Schriftzeichen versehen; man kann sie prägen. Die ältesten geprägten Metallbarren in Europa stammen aus dem 17. vorchristlichen Jahrhundert. Kleine runde geprägte Metallstücke, Münzen also sind wohl seit dem 7. Jahrhundert v.Chr. im östlichen Mittelmeerraum verwendet worden (Born 1981).

Als Wertaufbewahrungsmittel und als Recheneinheit sind Münzen sehr praktisch. Bei größeren Handelsgeschäften viele Münzen als Tauschmittel bei sich zu tragen, kann schwierig und riskant sein. Im 14. Jahr-

hundert lagerten italienische Geldwechsler und Geldverleiher zunehmend Münzen und Edelmetalle von Kunden ein und stellten dafür Quittungen aus: dem Besitzer dieses Scheines gehörten soundsoviele Münzen im Lager des Geldverleihers. Natürlich war es für beide Seiten einfacher, bei einem Handel diese Quittung, diesen Anrechts-Schein weiterzugeben als einen Sack mit Münzen. Was bei den Chinesen längst gebräuchlich war, setzte sich nun auch in Europa durch.

Das Papier verbrieft das Eigentumsrecht an einer bestimmten Menge an Münzen. Die Münzen waren allgemeines Tauschmittel, sie dienten dazu, Güter und Leistungen einzutauschen. Den Weg über die Münzen konnte man einsparen. Die Papiere konnten gleich als Anspruch auf eine bewertete Menge an Gütern und Diensten ausgestaltet werden: als Papiergeld.

1.23 Buch-Geld

Wenn ich einem Bekannten zwanzig 10 Mark-Scheine für eine Reihe von CD gebe, dann übertrage ich einen Anspruch auf Güter und Leistungen im Wert von 200 Mark an ihn. Meinen Bekannten interessieren dabei nicht die zwanzig Papierstücke, die Geldscheine, sondern die realen Güter und Leistungen im Wert von 200 Mark, die er jetzt beanspruchen kann. Wenn wir Einrichtungen, Institute haben, die über unsere Ansprüche an Güter und Leistungen Buch führen, können wir unseren Handel auch darüber abwickeln: Ich gebe diesem Institut die Anweisung, Ansprüche von 200 Mark von mir auf ihn zu übertragen. Die Ansprüche werden nur noch in Büchern, in Computer-Dokumenten übertragen: Wir haben es mit Buchgeld zu tun.

Geld-Arten

Waren-Geld	Zeichen-Geld	Buch-Geld
allgemein akzeptierte Güter	seltene Gegenstände Münzen, Banknoten	verbrieft Forderungen

1.30 Geld und Produktivität

1.31 Kosten des Tauschs

Die Tauschhandlungen der Menschen scheinen nun eher komplizierter als einfacher geworden zu sein. Da haben sie Münzen eingeführt und sie später gegen Quittungen bei Geldwechslern hinterlegt. Da haben sie schließlich eigene Geld-Institute gegründet, in denen Ansprüche auf bewertete Güter- und Leistungs-Mengen notiert und übertragen werden. Jenes chaotische Bild, das Friedrich Engels von ungeplanten Tauschprozessen gezeichnet hat, scheint sich zu bestätigen.

Mit der Arbeitsteilung konnten die Menschen die Produktivität ihres Arbeitens wesentlich erhöhen. Diese Vorteile scheinen durch die Schwierigkeiten beim notwendigen Tausch zumindest teilweise wieder zunichte gemacht zu werden. Jetzt wird nicht mehr Ware gegen Ware getauscht, sondern zunächst Ware gegen Geld, dann Geld gegen Ware. Beim Buch-Geld wird es noch komplizierter. Zunächst Ware gegen Scheck, dann Scheck gegen Gutschrift, dann Gutschrift gegen Überweisung, dann Überweisung gegen Ware.

Damit können wir jedoch all die Schwierigkeiten vermeiden, die wir für den direkten, den Natural-Tausch Ware gegen Ware festgestellt haben: die langwierige Suche nach dem richtigen Tausch-Partner, die -zigtausende von Tausch-Verhältnissen, die wir überschauen müssen, die zeitliche Übereinstimmung von Bedarf und Leistung. Wir verkaufen etwas für Geld an jemanden, der das will, was wir haben. Für das Geld kaufen wir bei jemandem, der das hat, was wir wollen. In kurzer Zeit ist geleistet, wofür wir sonst lange auf die Suche gehen müssten, wofür wir sonst eine unüberschaubare Menge an Tausch-Verhältnissen bestimmen müssten.

1.32 Kosten des Natural-Tauschs

Wir sparen Zeit beim Tausch. Die Zeit, die wir beim Tausch von Gütern gewinnen, können wir für die Produktion von Gütern nutzen. In der DDR waren ständig Werktätige mit Lastkraftwagen unterwegs, um Dinge einzutauschen, die sie für die Produktion in ihren Betrieben brauchten - Werkzeuge gegen Ersatzteile, Baustoffe gegen Dieselöl, Geräte gegen Rohstoffe. In der Zeit, in der sie suchten, konnten sie nicht produzieren. Auch dies war ein Grund für die geringe Produktivität der DDR-Volkswirtschaft, war ein Grund dafür, dass die Menschen mehr arbeiten mussten als im Westen und weniger Güter und Leistungen für ihre Arbeit bekamen. Funktionsfähiges Geld senkt den Aufwand für den Tauschvorgang. Diesen Aufwand nennen wir Transaktions-Kosten. Geld senkt die Transaktions-Kosten, erhöht damit die Produktivität in einer Volkswirtschaft. Wir können also sagen: Geld ist produktiv.

1.33 Ergebnis menschlichen Handelns

Die zentrale Planung und Organisation arbeitsteiligen Wirtschaftens, die Engels vorschwebte, hat in ein Chaos geführt. Das allgemeine Tauschmittel >Geld< hingegen hat sich als außerordentlich leistungsfähiges Mittel dezentraler Koordination arbeitsteiligen Wirtschaftens erwiesen. Dieses Medium ist von Menschen nicht geplant, nicht konzipiert, nicht konstruiert worden. Es ist in den Tauschhandlungen der Menschen entwickelt worden.

Aber sind denn die deutsche Währungsreform in der Vergangenheit, der Ersatz alter Geldscheine durch neue in der Gegenwart, die europäische Währungsunion in der Zukunft keine Konzeptionen, Konstruktionen, Planungen ? Das ist natürlich richtig. Dabei geht es allerdings immer um die konkrete heutige Gestalt und Geltung des allgemeinen Tauschmittels. Das heutige Geld hat sich als allgemeines Tauschmittel in einem Jahrtau-

sende dauernden Prozess aus Gütern, kultischen Gegenständen, geprägtem Metall, Quittungs-Zetteln, Schuldscheinen, Bank-Noten entwickelt. >Entwickelt< bedeutet: Medien, die bei der Koordination arbeitsteiligen Handelns leistungsfähiger waren, haben andere, weniger leistungsfähige im Lauf der Zeit verdrängt. Leistungsfähigkeit bezieht sich auf die Frage: Sind mit diesem Medium deutlich geringere Aufwendungen, geringere Transaktions-Kosten verbunden ? Die Transaktions-Kosten des mittelbaren Tauschs mit allgemein tauschbaren Gütern waren geringer als die des Natural-Tauschs. Die Transaktions-Kosten beim Tausch mit Schuldscheinen waren geringer als beim Tausch mit Münzen. Die Transaktions-Kosten beim Tausch mit Buchgeld sind geringer als beim Tausch mit Bargeld. Geld also ist ein Ergebnis menschlichen Handelns, nicht menschlicher Planung und Konstruktion (v.Hayek 1967).

2.00 Die Geld-Versorgung der Volkswirtschaft

2.10 Wieviel Geld braucht eine Volkswirtschaft ?

2.11 Geld und Güter

Geld ist das allgemeine Tauschmittel für die realen Güter und Leistungen, die die Menschen über den Eigenbedarf hinaus zu Tausch-Zwecken produzieren. Daraus ergibt sich, wieviel Geld eine Volkswirtschaft braucht: Die Geldmenge muss der Menge an Gütern und Leistungen (im Weiteren sprechen wir zur Vereinfachung nur noch von Gütern) entsprechen, die in einer Volkswirtschaft in einem Zeitraum - üblicherweise gehen wir von einem Jahr aus - getauscht, gehandelt werden. Für die Güter, so sagten wir, brauchen wir eine Rechen-Einheit. Geld erfüllt auch diese Funktion. Damit können wir die Menge an Gütern, die in einem Jahr gehandelt werden, in Geld-Einheiten, in Preisen ausdrücken.

2.12 Geld und Nachfrage

Unser Geld wollen wir in Güter eintauschen. Das Geld, das wir haben, drückt damit die mögliche Nachfrage in unserer Volkswirtschaft aus. Die Güter, die in einem Jahr bereitgestellt werden, stellen (sehen wir zunächst vom Ausland ab) das Angebot dar.

Würde es weniger Geld als Güter geben, so könnten die Menschen Teile der Güterproduktion gar nicht kaufen - die Produktion ginge zurück und damit auch die Beschäftigung. Würde es mehr Geld als Güter geben, so wäre die Nachfrage größer als das Angebot. Dann würden sich entweder Warteschlangen bilden, oder die Preise würden steigen. Die Geldmenge muss also der Gütermenge entsprechen, wenn wir Probleme der einen oder anderen Art vermeiden wollen.

Mit diesen Überlegungen haben wir eine andere grundlegende Frage bereits mit beantwortet: Was eigentlich bestimmt den Wert des Geldes ? Wird der Wert des Geldes durch Gold bestimmt ? Wir haben festgestellt, dass die Menschen in ihren Tauschhandlungen ein allgemeines Tauschmittel einführen. Der Nichtraucher auf dem Schwarzen Markt der Nachkriegszeit war nicht an den Zigaretten interessiert, die er für seinen Teppich eintauschte, sondern an den Lebensmitteln, die er für die Zigaretten erhalten konnte. Niemand musste ihn mahnen, dass man Zigaretten sowenig essen kann wie Geld. Der Wert der Zigaretten wurde durch die Lebensmittel bestimmt, die man dafür eintauschen konnte.

Auch Gold kann man nicht essen, nicht anziehen, nicht zum Heizen, nicht zum Antrieb eines Motors verwenden. Die Geschichte vom König (Midas), dem alles, was er anfasst, zu Gold wird, ist ökonomisch sehr lehrreich. Gold ist über die Gebrauchsmöglichkeiten als Schmuck, über die Verwendung in Medizin und Industrie hinaus ebenfalls nur allgemeines Tauschmittel. Als Tauschmittel wird sein Wert bestimmt durch diejenigen realen Güter, die wir dafür eintauschen können. Dasselbe gilt

für das Geld. Das Geld ist durch die in einer Volkswirtschaft vorhandenen Güter gedeckt. Der Wert des Geldes wird durch die verfügbare Menge an Gütern und Leistungen bestimmt.

Nehmen wir an: In einer Volkswirtschaft wird ebensoviel produziert wie im Vorjahr; die Gütermenge bleibt also gleich, in Geldgrößen gesagt: z.B. 100 Milliarden Mark. Die Geldmenge wird von 100 auf 200 Milliarden Mark verdoppelt. Wir haben zwar doppelt soviel Geld, aber nicht mehr Güter. Das bedeutet: Offensichtlich können wir mit der doppelt so hohen Geldmenge nicht etwa doppelt so viel kaufen wie vorher. Die 200 Milliarden Mark in diesem Jahr sind nicht mehr wert als die 100 Milliarden Mark im Vorjahr. Für den Wert des Geldes sind also nicht die aufgeprägten, die aufgedruckten Zahlen entscheidend, sondern die realen Güter, die dem Geld gegenüberstehen.

2.13 Die Umlauf-Geschwindigkeit des Geldes

Wann aber entspricht die Geldmenge der Gütermenge ? Wenn in einem Jahr Güter im Wert von 100 Milliarden Mark angeboten werden, brauchen wir dann eine Geldmenge von 100 Milliarden Mark ? Um eine Antwort zu finden, nehmen wir an: Person A kauft bei Person B ein paar Bücher. B erhält für die Bücher von A 100 Mark, einen Einhundert-Mark-Schein. Jetzt sehen wir uns zwei Möglichkeiten an, die sich an diesen Kauf anschließen können.

Die erste Möglichkeit: Wer den Einhundert-Mark-Schein erhält, kauft sich damit am nächsten Tag wieder etwas: Montag B bei C eine Silberdose, Dienstag C bei D CD, Mittwoch D bei E eine Grafik, Donnerstag E bei F ein paar Pflanzen, Freitag F bei G einen Spiegel.

Die zweite Möglichkeit: B behält den Einhundert-Mark-Schein bis Freitag in seiner Geldbörse. Am Freitag kauft er bei C die Silberdose. Die beiden Möglichkeiten sehen so aus - die Tage bezeichnen wir mit t_1 , t_2 , t_3 usw.:

t_0	A => B 100	
	<i>Fall I</i>	<i>Fall II</i>
t_1	B => C 100	-
t_2	C => D 100	-
t_3	D => E 100	-
t_4	E => F 100	-
t_5	F => G 100	B => C 100
	$100 \times 5 = 500$	$100 \times 1 = 100$

Die Geld-Menge ist in beiden Fällen dieselbe: 100 Mark. Die Nachfrage von Montag bis Freitag beläuft sich in Fall II auf 100, in Fall I auf 500 Mark. Im ersten Fall wechselt das Geld zwischen t_1 und t_5 fünfmal den Besitzer, in Fall II einmal. Die Beziehung zwischen Geld-Menge und Nachfrage ist also davon abhängig, wie oft das Geld in einem Zeitraum seinen Besitzer wechselt, wie schnell es umläuft. Wir sprechen von der Umlauf-Geschwindigkeit des Geldes.

Um unsere Frage, wann die Geld-Menge der Güter-Menge entspricht, beantworten zu können, müssen wir also wissen, wie schnell das Geld in unserer Volkswirtschaft umläuft, wie schnell es die Menschen für Konsum- und Investitionsgüter ausgeben. Beläuft sich die Umlauf-Geschwindigkeit des Geldes auf 10, dann entsprechen 10 Milliarden Mark unserer Güter-Menge von 100 Milliarden Mark in einem Jahr. Geben die Menschen ihr Geld schneller aus, erhöht sich die Umlauf-Geschwindigkeit auf 12, dann entsprechen 8,33 Milliarden Mark dieser Gütermenge.

Die Umlauf-Geschwindigkeit ist also der Quotient von Güter-Menge und Geld-Menge, von Brutto-Inlandsprodukt und Zentralbank-Geldmenge:

$$\frac{\text{Brutto-Inlandsprodukt}}{\text{Zentralbank-Geldmenge}}$$

2.20 Woher kommt das Geld ?

2.21 Schuld-Scheine

Geld ist ein Anspruch auf Güter. In welchem Umfang solche Ansprüche geltend gemacht werden, ist Angelegenheit der einzelnen Menschen. In unserem Denk-Beispiel war das Ausgabe-Verhalten der genannten Personen ausschlaggebend dafür, ob 100 Mark zu einer Nachfrage von 100 oder von 500 Mark wurden.

Wenn wir Geld im Zusammenhang von Geld-Menge und Geld-Umlaufgeschwindigkeit sehen, dann ist das Verhalten der Menschen für diese Größe offensichtlich sehr bedeutsam. Wir können zugespitzt sagen: Wieviel Geld es in einer Volkswirtschaft gibt, das ist vom Verhalten der Menschen abhängig.

Wenn wir uns daran erinnern, wozu Geld dient, ist das freilich nicht mehr so überraschend. Geld ist ja nur ein Mittel, um wirtschaftliche Transaktionen, um Tausch-Prozesse zu erleichtern. Wieviel ich tauschen kann, ist von meiner Leistung, von meinem Angebot, von meiner Produktion abhängig. Produziere ich mehr von meinen Gütern, um mehr andere Güter zu erhalten, dann brauche ich mehr von dem allgemeinen Tausch-Mittel.

Für meine Produktion brauche ich Materialien von anderen Herstellern. Wenn ich Computer-Programme entwickeln und verkaufen will, brauche ich einen leistungsfähigen Rechner und CD-Rom, auf denen ich meine Programme für den Verkauf abspeichere. Nun habe ich zunächst nur die Ideen für Programme im Kopf, aber kein Geld, um die nötige Hardware zu kaufen. Wenn es mir gelingt, einen Computer-Händler von meinen Ideen zu überzeugen, ist das kein Problem. Ich kann das Tausch-Mittel, das >Geld<, mit dem ich die Hardware bezahle, selbst herstellen: Wenn der Händler mir und meinen Ideen vertraut, dann akzeptiert er einen

Schuldschein: ein Stück Papier, auf dem ich verspreche, z.B. in drei Monaten einen Betrag von 10.000 Mark zu bezahlen. Nun kann der Händler das Zahlungs-Versprechen auf meinem Schuldschein auch für sich selbst wiederholen. Dann können wir uns vorstellen, dass dieser Schuldschein in den drei Monaten einigemal den Besitzer wechselt, das heißt: dass mein Schuldschein in dieser Zeit zum Tauschmittel wird.

Was ist Geld und woher kommt es ? Wenn wir unsere bisherigen Überlegungen zusammenfassen, können wir diese Frage beantworten: Geld ist ein vergegenständlichter oder verbrieftter Anspruch auf Güter und Leistungen. Dieser Anspruch kann letztlich nur von dem kommen, der ihn einlösen muss. Ich habe dem Händler einen Schuldschein gegeben. Damit habe ich ihm oder dem, an den er den Schein weitergibt, einen Anspruch eingeräumt, von mir bei Fälligkeit Leistungen zu erhalten. Ich habe etwas hergestellt, was wir >Geld< nennen können.

Die Bedeutung, die >Geltung< solcher Schuldscheine wird freilich begrenzt sein. Sie hängt ab vom Bekanntheitsgrad derer, die sie ausstellen oder bestätigen, und vom Vertrauen in ihre Leistungsfähigkeit. Wenn Geschäftspartner die Schuldscheine nicht annehmen, kommt der Handel nicht zustande. Wenn sie sie akzeptieren wollen, müssen sie vorher Zeit und Mittel aufwenden, um sich über die Leistungsfähigkeit des Ausstellers zu informieren.

2.22 Banken und Transaktions-Kosten

Auch diese Informations-Kosten, diese Transaktions-Kosten können die Menschen senken. Wir haben von den Quittungen, den Depositen-Scheinen gesprochen, die Geldwechsler und Pfandleiher ausstellten, wenn sie Münzen in Verwahrung nahmen. Für die Kaufleute war der Umgang mit Schuldscheinen alltäglich. Im Verlauf zunehmender Arbeitsteilung entwickelten sich aus diesen Aktivitäten Einrichtungen, die

sich auf den Umgang mit Geld, mit Schuldscheinen aller Art spezialisierten - die Banken (Parker 1979).

Auf den ersten Blick wird Tausch, wird Handel komplizierter, aufwendiger. Denn jetzt schieben sich noch Banken dazwischen. Doch gilt hier dasselbe wie beim Übergang vom Natural-Tausch - $Ware \Leftrightarrow Ware$ - zum Geld-Tausch - $Ware \Leftrightarrow Geld \Leftrightarrow Ware$: Die Transaktions-Kosten sinken. Wenn Zahlungen mit Papieren geleistet werden, die von Banken garantiert werden, dann brauchen Produzenten und Kaufleute keine Zeit dafür aufzuwenden, sich über die Leistungsfähigkeit jedes einzelnen Geschäftspartners zu informieren. Die Information über die Zahlungsfähigkeit der wesentlich geringeren Zahl von Banken reicht dann aus.

Der Sachverhalt ist uns ja vertraut: Tag für Tag zahlen wir nur mit einem Zahlungs-Versprechen, mit einer Unterschrift auf einem Scheck, auf einem an sich wertlosen Stück Papier, oder mit einer Kreditkarte. Unser Geschäftspartner könnte sich mit unserer Unterschrift nur dann zufrieden geben, wenn er genaue Informationen über unsere finanzielle Situation einholen würde. Banken und Kreditkarten-Unternehmen ersparen ihm und uns diesen Aufwand, den wir sonst im Preis mitbezahlen müssten. Die Aufwendungen für Banken sind also volkswirtschaftlich keine überflüssigen Kosten. Sie senken die Transaktionskosten und erhöhen damit die Produktivität. In der geschichtlichen Entwicklung Europas können wir einen engen Zusammenhang feststellen zwischen der realwirtschaftlichen Entwicklung und der Ausbreitung von Banken (Gille 1976).

2.23 Bank-Noten

Mit diesem Hinweis auf die Schecks, die wir tagtäglich verwenden, können wir die Antwort auf unsere Frage >Woher kommt das Geld ?< erweitern und präzisieren: Wir selbst sind es, die aus einem Stück Papier

mit Betrag und Unterschrift >Geld< machen: ein Gegenleistungs-Versprechen für eine Leistung, die wir erhalten haben. Die Papiere - mit Scheckkarte -, die den Empfängern die Sicherheit geben, die Gegenleistung zu erhalten, werden von Banken hergestellt.

Daraus folgt eine Einsicht, die auf den ersten Blick überraschend ist: Es gibt so viele Arten von Geld, wie es Banken gibt, die solche allgemein akzeptierten Papiere ausgeben. Wenn wir an unser Stichwort >Buch-Geld< denken, ist diese Einsicht nicht mehr ganz so überraschend: Beim weit überwiegenden Teil des Zahlungsvolumens in unserer Volkswirtschaft werden nur Beträge von einem auf das andere Konto umgeschrieben: Wir schreiben Überweisungs- und Scheck-Formulare aus, die wir von unseren Banken bekommen. Dass >Geld< nichts anderes ist als ein Zahlungs-Versprechen, können wir auf alten Geldscheinen lesen: *“Ein Hundert Mark zahlt die Reichsbankhauptkasse in Berlin ohne Legitimationsprüfung dem Einlieferer dieser Banknote“*.

Geld ist ein Leistungs-, ein Zahlungs-Versprechen. Was aber kann uns veranlassen, dem Versprechen eines Stückes Papier, eines Zettels zu vertrauen ? (Die Einrichtungen, die im 17. Jahrhundert entstanden und Quittungs>Zettel< für Münzen und Edelmetalle ausgaben, die ihre Kunden bei ihnen lagerten, werden als >Zettel-Banken< bezeichnet (Wagner 1873. Derix 1985, S.331-345).

In der Marktwirtschaft stehen die Banken im Wettbewerb. Bei ihren Bank-Noten haben wir es mit konkurrierenden Produkten, mit konkurrierenden Währungen zu tun. Wenn Kunden feststellen, dass die Bank-Noten ihrer Bank weniger sicher, weniger anerkannt, also weniger wert sind als die anderer Institute, so werden sie ihre Bank wechseln. Die Konkurrenz veranlasst die Banken, den Wert ihrer Banknoten zu sichern. Damit sprechen wir ein Konzept an, das wir aus dem Alltag unseres Landes nicht kennen, das aber vorstellbar ist. In den siebziger Jahren hat

ein Ökonom konkurrierende Währungen vorgeschlagen, um das Dauerproblem der Geldentwertung zu lösen (v.Hayek 1976). Konkurrenz zwingt die Anbieter, auf die Wünsche der Nachfrager einzugehen - ob es sich um den Preis von Computern handelt, die Qualität von Autos oder die Stabilität von Währungen.

Zwar nicht bei uns, doch in vielen anderen Ländern können wir eine solche Konkurrenz von Währungen beobachten: In einigen Ländern Lateinamerikas ziehen die Menschen Dollars der einheimischen Währung vor. In Jugoslawien ist die Deutsche Mark beliebter als der Dinar. In der DDR war für DM vieles zu erhalten, was für Mark der DDR nicht zu bekommen war. Wenn die Menschen zwischen mehreren Währungen wählen können, so wissen sie den Wert einer Währung sehr genau zu bestimmen.

2.30 Kredit und Kreditschöpfung

2.31 Geld als Wertaufbewahrungsmittel

Der erste Grund für die Beliebtheit der D-Mark liegt darin, dass sie tatsächlich allgemeines Tauschmittel ist, dass sie, anders als es bei der Mark der DDR der Fall war, auch über Staatsgrenzen hinaus frei getauscht werden kann - in andere Währungen oder in reale Güter. Der zweite Grund liegt darin, dass ihr Wert im Vergleich z.B. zum gegenwärtigen jugoslawischen Dinar, der schnell an Wert verliert, stabil ist, sie also ein wirksames Wertaufbewahrungsmittel darstellt.

Für unser Wirtschaften ist die Funktion des Geldes als Wertaufbewahrungsmittel ebenso wichtig wie die als Tausch-Mittel. Wenn ich heute Güter verkaufe, die ich produziert habe, dann muss ich sicher sein, das Geld, das ich dafür erhalte, auch noch in einem Monat, in einem Jahr in eine entsprechende Gütermenge umtauschen zu können. Geld, so sagten wir, ist ein Anspruch auf Güter. Wenn ich Ansprüche sammeln will, um

mir eines Tages größere Güter, ein Auto oder ein Haus leisten zu können, dann wird die Wertaufbewahrungs-Funktion des Geldes noch bedeutender.

Wertaufbewahrung bedeutet hier: wir können es uns leisten zu sparen. Geld ist ein Anspruch auf Güter. Ich habe Geld verdient, also Leistungen erbracht und verkauft. Wenn ich spare, so löse ich meinen Anspruch auf Gegen-Leistung während der Zeit des Sparens nicht ein. Das kann zwei Konsequenzen haben:

- Die anderen produzieren Güter, aber ich nehme ihnen ihre Güter nicht ab. Im großen Maßstab in einer Volkswirtschaft hätte dieses Verhalten katastrophale Folgen für Produktion und Beschäftigung. Es käme zu einer Überproduktions-Krise. In der Realität wird das kaum vorkommen. Es würde ja bedeuten: Die Menschen sind bereit, hohe Leistungen zu erbringen, wollen dafür jedoch keine Gegenleistung erhalten. (Ursache dauerhafter Überproduktion z.B. in der Landwirtschaft ist nicht der Markt, sondern eine vom Staat markt-widrig finanzierte künstliche Nachfrage nach Agrarprodukten.) Ohne Gegenleistung werden die Menschen nicht in großem Umfang sparen.
- Ich übertrage meinen Anspruch auf Güter auf Andere. Was ich spare, auf einem Konto stehen lasse, das kann ich, kann meine Bank verleihen, anderen als Kredit geben. Dann können die Kredit-Nehmer mehr Güter nachfragen als es ihrer gegenwärtigen Leistung entspricht. Wenn sie das geliehene Geld zurückzahlen, beanspruchen sie entsprechend weniger Güter, dann sparen sie und übertragen Güter-Ansprüche an mich.

2.32 Der Prozess der Kredit-Schöpfung

Wenn ich einem anderen Geld leihe, so wird er mir eine Quittung, einen Schuld-Schein geben. Das bedeutet: Er hat mit dem Geld einen Anspruch auf Güter. Ich habe mit dem Schuldschein einen Anspruch auf Geld. So

groß ist der Unterschied zwischen seinem und meinem Schein gar nicht. Nehmen wir an, A hat B 1.000 Mark geliehen, der sich dafür sofort etwas kaufen will. C kennt den Schuldner B und ist sicher, dass er den Kredit zum vereinbarten Zeitpunkt zurückzahlt. Dann ist es durchaus möglich, dass C dem A für den Schuldschein des B etwas verkauft. Obwohl A 1.000 Mark verliehen hat, kauft er für 1.000 Mark ein. Die Ansprüche haben sich von 1.000 auf 2.000 Mark verdoppelt.

Bei der Suche nach Kredit-Nehmern für unsere Ersparnisse schalten wir normalerweise Banken, Kredit-Institute ein. Wir haben festgestellt, dass wir damit wie beim Gütertausch unsere Transaktions-Kosten erheblich senken können: Die Preise der Bank-Dienstleistungen machen nur einen Bruchteil der Kosten aus, die jedem Einzelnen von uns für die Suche nach Kredit-Nehmern und für die Information über die Zahlungsfähigkeit unserer Schuldner entstehen würden. Wie sieht der Vorgang aus, den wir gerade überlegt haben, wenn wir Kredit-Institute einbeziehen ?

Person A zahlt 1.000 Mark auf ihr Konto bei Bank I ein. Die Bank wird nicht den ganzen Betrag als Kredit vergeben. Sie wird einen Anteil zur Sicherung ihrer Zahlungsfähigkeit, ihrer Liquidität zurückhalten. Setzen wir diesen Anteil mit 10 % der Einlage an. Die verbleibenden 90 % der Einlage vergibt Bank I als Kredit an Person B. Die Einlagen ihrer Kunden bedeuten, dass die Banken den Kunden Geld schulden; es sind Passiva. Die Kredite an ihre Kunden bedeuten, dass die Banken Forderungen an ihre Kunden haben; es sind Aktiva. In Konten-Form sieht das für Bank I so aus (*E* bedeutet Einlage; *LR* Liquiditäts-Reserve, *Kr* Kredit):

Aktiva		<i>Bank I</i>	Passiva	
LR	100,00		E	1.000,00
Kr	900,00			
1.000,00			1.000,00	

Person B nimmt bei Bank I einen Kredit in Höhe von 900 Mark auf und lässt diesen Betrag auf ihr Konto bei Bank II überweisen. Auch Bank II hält wieder 10 % des Betrages als Liquiditäts-Reserve zurück. In unserer Konten-Form sieht das so aus:

	Aktiva	<i>Bank II</i>		Passiva
LR	90,00		E	900,00
Kr	810,00			
	900,00			900,00

Auch Bank II bietet aus ihren Einlagen Kredite an. Person C nimmt den angebotenen Kredit von 810 Mark auf und lässt diesen Betrag auf ihr Konto bei Bank III überweisen. Bank III hält wieder 10 % des Betrages als Liquiditäts-Reserve zurück und sucht Kreditnehmer für den verbleibenden Betrag:

	Aktiva	<i>Bank III</i>		Passiva
LR	81,00		E	810,00
Kr	729,00			
	810,00			810,00

Wenn diese Abfolge von Einlage und Kredit-Vergabe weitergeht, heißt das für Bank IV:

	Aktiva	<i>Bank IV</i>		Passiva
LR	72,90		E	729,00
Kr	656,10			
	729,00			729,00

Offensichtlich können wir diesen Prozess weiterführen, bis sich die Zahlen auf beiden Seiten gegen Null bewegen. Nehmen wir an, das ge-

schieht. Wie hoch ist dann die Gesamtsumme der Einlagen und der Kredite ? Für die Einlagen müssen wir addieren 1.000,00 + 900,00 + 810,00 + 729,00 + 656,10 usw... Für die Kredite müssen wir addieren 900,00 + 810,00 + 729,00 + 656,10 + 590,49 usw... Für die Liquiditäts-Reserven gilt 100,00 + 90,00 + 81,00 + 72,90 + 65,61 usw... Wir haben gesehen, dass die Höhe des Kredites um den Betrag niedriger ist als der Anteil der Einlage, den die Bank als Liquiditäts-Reserve zurückbehält. Die Summe der Einlagen und Kredite, die bei einer Einlage von 1.000 Mark entstehen kann, ist also abhängig von der Höhe der Liquiditäts-Reserve. In unserem Beispiel war sie bei allen Banken 10 %. Dann können wir rechnen (r bedeutet Satz der Liquiditäts-Reserve, in unserem Beispiel 10 %):

$$E \times (1 : r) = \sum E$$

$$E \times (1 : r) - E = \sum Kr$$

Das Ergebnis unserer Rechnung lautet: $1.000 \times 10 - 1.000 = 9.000$. Bei einer Spareinlage von 1.000 Mark kann bei einer Liquiditäts-Reserve von 10 % eine Kredit-Summe von 9.000 Mark geschaffen werden. Wenn die Banken statt 10 % eine Liquiditäts-Reserve von 20 % halten würden, dann verringert sich die mögliche Kredit-Summe auf 4.000 Mark ($1.000 \times 5 - 1.000 = 4.000$).

Selbst dieser Betrag scheint uns noch außerordentlich hoch. Wir haben den Eindruck einer wundersamen Geld-Vermehrung. Doch dass wir bei unserem Thema >Geld< nicht in allzu starren Größen denken können, haben wir schon erfahren, als wir uns mit der Umlauf-Geschwindigkeit beschäftigten. Wir haben gesehen, dass es von unserem Verhalten abhängt, ob eine Geldmenge von 100 zu einer Nachfrage von 100, 200, 300, 400, 500 führt. Für die Kredite gilt dasgleiche: Zu einer Kredit-Summe von 9.000 Mark in unserem Beispiel kann es nur kommen, wenn wir die Kredite auch tatsächlich nachfragen (und sie uns immer wieder

auf Konten bei anderen Banken überweisen lassen), und wenn wir die Banken als Kreditgeber überzeugen können, dass wir in der Lage sind, den Kredit zurückzuzahlen.

Wie leicht es uns fällt, Schulden zurückzuzahlen, hängt davon ab, wie wir den Kredit verwenden. Wir können Kredit aufnehmen, um unseren gegenwärtigen Konsum zu erhöhen, um eine Reise zu machen oder uns neue Möbel zu kaufen. Wir beanspruchen heute mehr Konsumgüter als es unserem Einkommen, unserem Beitrag zur Güterproduktion entspricht. Dann müssen wir bereit sein, in Zukunft weniger Güter zu nutzen, als es dann unserem Einkommen entspricht.

2.33 Kredit und Investition

Sind wir dazu nicht bereit, dann müssen wir den Kredit anders verwenden. Verwenden wir ihn für Arbeits- und Produktionsmittel, für den Erwerb zusätzlicher Qualifikationen, dann können wir unseren Beitrag zur Wirtschaftsleistung und damit unsere zukünftigen Ansprüche auf Gegenleistungen erhöhen. Dann erhält der Prozeß der Kredit-Schöpfung, den wir kennengelernt haben, seinen Sinn. Zusätzliches Geld hat in dem Ausmaß Wert, wird zu Kaufkraft, wie ihm zusätzliche Güter gegenüberstehen.

Hier wird die Wertaufbewahrungs-Funktion des Geldes in einer besonderen Weise erfüllt: Der im Geld verbriefte Anspruch auf Güter wird übertragen. Das Geld wird nicht in Konsum-Gütern, sondern in Investitions-Gütern eingelöst. Geld wird investiert, wird für Produktions-Güter eingesetzt. Durch die Investition wird Geld zu Kapital. Die Möglichkeit, in Geld verbriefte Ansprüche an das Sozialprodukt zu übertragen und zusammenzufassen, ist Voraussetzung für hohe Ersparnis in einer Volkswirtschaft, für Kapitalbildung und damit für einen hohen Anteil der Investitionen an der wirtschaftlichen Leistung.

3.00 Geldwert-Stabilität

3.10 Der Stellenwert der Geldwert-Stabilität

3.11 Nominal- und Real-Einkommen

Sparen ermöglicht Investitionen. Investitionen bedeuten Kapital-Bildung. Kapital-Bildung ermöglicht Wachstum. Wachstum bedeutet mehr Güter und Leistungen. Mehr Güter und Leistungen decken dann jene zusätzliche Geldmenge ab, deren Entstehen wir uns anhand der Formel $E \times (1 : r) - E = \sum Kr$ deutlich gemacht haben. Doch bleibt dieser Prozess der Geld- und Kredit-Schöpfung problematisch. Schließlich haben wir es hier mit einem Vorgang schneller und hoher Geld-Ver-mehrung zu tun.

Wir haben aber auch festgestellt, dass Geld durch Güter gedeckt sein muss, wenn es seinen Wert behalten, wenn es überhaupt einen Wert haben soll. Geld herzustellen ist wesentlich leichter als Güter herzu-stellen. Aber liegt darin denn überhaupt ein Problem ?

Oft wird behauptet, in der DDR sei vieles billiger gewesen als in der Bundesrepublik. Wenn wir auf die Preis-Schilder sahen, war das offen-sichtlich richtig. Nur ist es letztendlich nicht wichtig, ob auf einem Preis-Schild 1.000 Dukaten, 10.000 Taler, 100.000 Lire, 15.000 Real oder 500 Talente steht. Die für uns allein wichtige Frage lautet: Können wir uns diese Ware mit unserem Einkommen leisten ? Und: Wie lange, wieviele Tage, Stunden, Minuten müssen wir dafür arbeiten ? Ein Kilo Schweine-Schnitzel kostete 1985 in der DDR 10 Mark, in der BRD 15 D-Mark. War das Fleisch in der BRD also 50 % teurer ? Wenn wir den Lohn eines normalen Arbeitnehmers zugrundelegen, ist das nicht richtig: Der BRD-Arbeitnehmer mußte 61 Minuten dafür arbeiten, sein DDR-Kollege

107 Minuten (BMB 1988, S.78). Also war das Fleisch in der DDR nicht etwa billiger, sondern teurer als in der BRD. Das galt für fast alle Güter in der DDR, in den meisten Fällen sogar für Mieten.

Das bestätigt, dass die Zahl auf den Geldscheinen wenig aussagt. In Deutschland kostet ein Kleinwagen dreissigtausend, in Italien dreiundzwanzig Millionen. Wenn der deutsche Arbeitnehmer in einem halben Jahr 30.000 (Mark), der italienische Kollege 23.000.000 (Lire) verdient, ist das offensichtlich gleich-gültig.

Wenn es bei den 30.000 Mark einerseits, den 23.000.000 Lire andererseits bleibt, ist das in der Tat gleich-gültig; die Anzahl der Nullen bei der italienischen Währung ist allenfalls unbequem. Doch wenn die Geldmenge deutlich schneller steigt als die Gütermenge, dann wird es bei diesen Preisen nicht bleiben. Aber auch steigende Preise müssen uns nicht berühren, wenn nur unsere Einkommen wenigstens genauso schnell steigen wie die Preise.

3.12 Geld-Entwertung und Einkommens-Anpassung

Hier allerdings liegt ein erstes Problem. Nicht alle Einkommens-Bezieher werden von starken Gewerkschaften vertreten, die sehr genau darauf achten, dass die Löhne der Arbeitnehmer mindestens so schnell steigen wie die Preise. Der Student, dessen Stipendium erst später angepasst wird, und der Ruheständler, der einen großen Teil seiner Alters-Einkünfte aus den Zinsen festverzinslicher Wertpapiere bezieht, sind die Leidtragenden der Geldentwertung. Inflation ist immer Umverteilung zulasten derer, deren Einkommen weniger schnell angepasst werden.

Doch auch diejenigen, die mit ihrem Tarifabschluss einen Inflations-Ausgleich erhalten, werden bei Geldentwertung reagieren. Wenn wir erwarten, dass die neue Kücheneinrichtung im nächsten Jahr zehn oder

gar zwanzig Prozent teurer sein wird als in diesem Jahr, werden wir überlegen, den geplanten Kauf vorzuziehen. Wenn sich viele Menschen so verhalten, steigt die Nachfrage stark an - die Preise werden erst recht nach oben gehen. Steigen die Preise dann noch schneller als erwartet an, werden wir Käufe aus dem nächsten halben Jahr auf dieses Halbjahr vorziehen - die Nachfrage steigt, die Preise steigen. Käufe werden vom nächsten Vierteljahr auf dieses vorgezogen, vom nächsten auf diesen Monat, von der nächsten auf diese Woche, vom nächsten auf diesen Tag. Schließlich wird niemand mehr bereit sein, für Geld, das so schnell seinen Wert verliert, Arbeit zu leisten oder Güter herzugeben.

3.13 Inflation und Transaktions-Kosten

Aber ist das nicht nur ein Gedankenspiel ? Dass eine solche Entwicklung Wirklichkeit werden kann, hat die deutsche Inflation in den zwanziger Jahren gezeigt. Seit Beginn des ersten Weltkrieges sank die Mark auf jeweils 10 % des vorigen Wertes zunächst in fünfeinhalb Jahren, dann in zweieinhalb Jahren, dann in einhundertundacht Tagen und im Herbst 1923 jeweils innerhalb von acht bis elf Tagen. Im November 1923 kostete ein Brötchen zwanzig Milliarden, eine Zeitung 50 Milliarden Mark (Hardach 1976, S.26-30).

Geldentwertung hat also zwei Wirkungen. Erstens: Sie bedeutet Umverteilung zugunsten derjenigen, die ihre Einkommen schnell genug anpassen können, und zulasten derjenigen, die das nicht können. Sie bedeutet Umverteilung zugunsten der Sachwert-Besitzer, zulasten der Geldwert-Besitzer, Umverteilung zugunsten der Schuldner, zulasten der Gläubiger.

Zweitens: Geldentwertung droht sich selbst zu nähren, droht in einen Strudel immer schnellerer Inflation zu geraten. Je höher Inflation wird, um so geringer wird das Vertrauen der Menschen in das Geld. Das Geld büsst seine Funktion als Tausch-Mittel und als Wertaufbewahrungs-

Mittel mehr und mehr ein. Damit steigen in einer Volkswirtschaft die Transaktions-Kosten, sinkt die Produktivität. Und in der Folge sinkender wirtschaftlicher Leistung wird Arbeitslosigkeit entstehen und sich schnell ausbreiten.

Geldwert-Stabilität ist eine entscheidende Voraussetzung für die Verlässlichkeit von Lebensplanungen, für die Tausch-Gerechtigkeit von Verträgen, für die Funktionsfähigkeit arbeitsteiligen Wirtschaftens: Wer sein Alters-Einkommen absichern will, muss auf einen ausreichenden Realzins bauen können. Wer Interessen ausgleichende Verträge schließen will, muss als Schuldner wie als Gläubiger der dauernden Gleichwertigkeit von Leistung und Gegenleistung vertrauen können. Wenn arbeitsteiliges Wirtschaften allen Menschen nützen soll, müssen wir uns auf die Funktionsfähigkeit der Recheneinheit, des Tausch- und Wertaufbewahrungsmittels verlassen können.

Geldwert-Stabilität hängt davon ab, dass das Gleichgewicht von Geldmenge und Gütermenge unter Berücksichtigung der Umlauf-Geschwindigkeit gewahrt bleibt. Aber wie kann dieses Gleichgewicht gewahrt bleiben angesichts der Prozesse der Geld-Vermehrung, die wir kennengelernt haben ?

3.20 Konkurrenz oder Monopol der Geld-Schöpfung?

3.21 Geldschöpfungs-Konkurrenz

Eine Möglichkeit, den Geldwert zu sichern, haben wir angesprochen: Wir können den Wettbewerb von Banken nutzen. Wenn Bank-Noten von konkurrierenden Banken ausgegeben werden, so müssen die Banken auf die Stabilität ihrer Währung achten. Denn wenn die Kunden dem Wert der Banknoten ihres Kreditinstitutes nicht mehr trauen, werden sie zu einer anderen Bank wechseln. Die Banken müssen also den Geldwert sichern, um alte Kunden zu behalten und neue zu gewinnen. Das ist, wie wir fest-

festgestellt haben, nicht nur denkbar. Es ist so auch schon praktiziert worden. Und man kann fragen, ob eine solche Geldordnung nicht günstiger für die Menschen in vielen Ländern wäre, in denen der Wert des staatlichen Geldes rasch verfällt.

3.22 Geldschöpfungs-Monopol

Doch eben dies, das staatliche Geld herrscht in Geschichte und Gegenwart vor. Wenn wir an >Geld< denken, dann denken wir an Geldstücke und Geldscheine, auf denen der Staatsname eingeprägt und eingedruckt ist. Das bedeutet: Allein der Staat hat das Recht, Geld herzustellen und in Umlauf zu bringen. Wir haben es mit einem Geldschöpfungs-Monopol des Staates zu tun.

Damit ist der Staat für die Geld-Versorgung unserer Volkswirtschaft zuständig. Die Einrichtung des Staates, die diese Aufgabe der Geld-Versorgung wahrnimmt, nennen wir Zentral-Bank oder Noten-Bank.

3.23 Noten-Bank und Geschäfts-Banken

Noten-Bank und Geschäfts-Banken sind zu unterscheiden. Geschäfts-Banken betreiben Geldgeschäfte in der Absicht, Verluste zu vermeiden und Gewinne zu erzielen; sie verfolgen einzelwirtschaftliche Ziele. Noten-Banken sind für die Geld-Versorgung der ganzen Volkswirtschaft zuständig. Und sie sollen für die Sicherung des Geld-Wertes zuständig sein, sollen Entscheidungen treffen und Geschäfte durchführen allein aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive.

Wie kann nun eine Noten-Bank bei der Geld-Versorgung dazu beitragen, dass der Geldwert gesichert wird ? Zunächst hat sie das Geldschöpfungs-Monopol. Sie entscheidet, ob in unserer Volkswirtschaft Banknoten, Geldscheine im Gesamtwert von z.B. 150, 175 oder 200 Milliarden DM

umlaufen. Wichtiger noch als das Bar-Geld ist das Buch-Geld. Wie versorgt die Noten-Bank, in Deutschland die Deutsche Bundesbank die Volkswirtschaft mit Buchgeld ?

3.30 Geldschöpfungs-Monopol, Kreditschöpfungs-Grenze

3.31 Geld-Angebot und Geld-Nachfrage

Diese Frage wird dann bedeutsam, wenn es zusätzlichen Bedarf an Geld gibt, wenn die Nachfrage nach Geld über das Angebot an Geld hinausgeht. Wenn wir über unsere Arbeits- und Kapital-Einkommen hinaus zusätzliches Geld haben wollen, dann gehen wir zu den Kreditinstituten und nehmen Kredite auf. Das ist in dem Umfang möglich, wie andere gespart haben. Geht nun unsere Kredit-Nachfrage über das Angebot der Sparer hinaus, so müssen die Banken versuchen, sich zusätzliches Geld bei der Bundesbank zu beschaffen: Sie refinanzieren sich bei der Bundesbank. Die Bedingungen dieser Geld-Beschaffung der Geschäftsbanken, die Bedingungen der Refinanzierung bestimmt die Bundesbank. Das betrifft vier Größen der Refinanzierung: Art, Menge, Preis, Fristen.

3.32 Refinanzierungs-Politik

Wenn der Zusammenhang von Geldmenge und Gütermenge gewahrt bleiben soll, dann muss zusätzliches Geld in Verbindung stehen mit zusätzlichen Gütern. Das wird bei vielen Wechsel-Geschäften der Fall sein: Großhändler kaufen bei Produzenten Güter ein, die sie an ihre Einzelhändler liefern. Das Geld für die Bezahlung wird den Großhändlern und Einzelhändlern erst zur Verfügung stehen, wenn nach einiger Zeit die Waren verkauft sind. Sie brauchen also Kredit. Dann werden Zahlungen mit Zahlungs-Versprechen und Zahlungs-Anweisungen, also mit Schuldscheinen besonderer Art erfolgen, mit Wechseln, die nach Ablauf dieser vorher festgelegten Zeit fällig werden. Die Wechsel-Nehmer, die Produ-

zenten in unserem Beispiel müssen Personal und Material bezahlen, brauchen dafür auch wieder Geld. Sie können die Wechsel ihren Banken verkaufen - wiederum ein Kredit-Geschäft, für das ein Zinssatz berechnet wird.

Unter bestimmten, strengen Bedingungen können Banken Wechsel bei der Bundesbank rediskontieren, sie der Bundesbank verkaufen. Die Bundesbank legt Rediskont-Kontingente und den Diskontsatz fest. Sie bestimmt also, bis zu welchem Gesamtbetrag (die Menge) sie Wechsel (die Art) hereinnimmt und welchen Zinssatz (den Preis) sie dafür berechnet. In ähnlicher Weise können sich die Geschäfts-Banken bei der Bundesbank refinanzieren, indem sie Wertpapiere verpfänden. Der Zinssatz, den die Bundesbank für solche Geschäfte festlegt, ist der Lombardsatz.

Wenn die Bundesbank kurzfristig die Geldmenge erhöhen oder senken will, so kann sie dies mit Offenmarkt-Geschäften tun: Sie kann den Geschäfts-Banken anbieten, Wertpapiere in einer bestimmten Höhe (Zins-Tender) oder zu einem bestimmten Zinssatz (Mengen-Tender) >in Pension zu nehmen<, d.h.: für eine begrenzte Zeit anzukaufen. Für eine begrenzte Zeit bedeutet: die Banken verpflichten sich, die Papiere zum festgelegten Zeitpunkt zurückzukaufen. Die Bundesbank entscheidet, ob sie nach Ablauf Anschluss-Geschäfte anbietet oder nicht. Kauft die Bundesbank für eine begrenzte Zeit Papiere an, so erhalten die Geschäfts-Banken dafür Geld: die Geldmenge wird ausgeweitet. Müssen die Geschäfts-Banken die Papiere zurückkaufen, ohne dass die Bundesbank Anschluss-Geschäfte anbietet, so wird die Geldmenge verringert.

3.33 Mindestreserve-Politik

Mit Hilfe der Refinanzierungs-Sätze und der Offenmarkt-Politik kann die Bundesbank auf Menge und Preis (den Zins) des Geldes und damit auf die Geldwert-Stabilität Einfluss nehmen. Doch betrifft das offensichtlich nur

einen Teil des Geldes in unserer Volkswirtschaft. Wir haben uns mit der Kredit-Schöpfung der Geschäftsbanken beschäftigt. Wir haben dabei gesehen, wie aus einer Einlage von 1.000 DM ein Betrag in Höhe von 10.000 DM werden kann. Wenn die Bundesbank die Geldmenge kontrollieren soll, so müsste sie auch diesen Kreditschöpfungs-Prozess beeinflussen können.

Wieweit die Kredit-Schöpfung gehen kann, hängt ja von der Liquiditäts-Reserve ab, die die Banken zur Sicherheit zurückhalten. Wir haben sie mit LR bezeichnet, den Prozentsatz dieser Reserve mit r . Wir sind von einer Einlage in Höhe von 1.000 DM ausgegangen. Bei einem Reservesatz $r = 10\%$ konnten dann 9.000 DM, bei einem Reservesatz von $r = 20\%$ nur noch 4.000 DM an Krediten geschöpft werden.

Aber liegt es im Interesse der Banken, höhere Liquiditäts-Reserven zu halten ? Das hängt von ihrer Risiko-Einschätzung ab. Sehen wir einmal vom Fristen-Aspekt ab, so gilt: Zurückgehaltene Beträge können die Banken nicht verleihen, damit also keine Zinsen erwirtschaften. Will eine Bank langfristig ihre Erträge optimieren, so wird sie eine höhere, will sie kurzfristig ihre Erträge maximieren, so wird sie eine niedrigere Liquiditäts-Reserve halten. Es ist also möglich, dass sich Banken Konkurrenz-Vorteile versprechen, wenn sie geringe Liquiditäts-Reserven halten, damit aber auch höhere Risiken in Kauf nehmen - auf die Bank-Geschäfte allgemein bezogen, geht es um die Unterlegung mit Eigenkapital. Nun könnten wir sagen, der Wettbewerb wird das schon regeln; Banken ohne ausreichende Sicherheits-Reserven laufen Gefahr zusammenzubrechen. Allerdings sind Banken durch ihre Aktivitäten untereinander und mit dem realwirtschaftlichen Sektor so eng verbunden, dass vom Zusammenbruch einer großen Bank erhebliche Ansteckungsgefahren, Gefahren für die gesamtwirtschaftliche Stabilität ausgehen können. Sicherheits-Reserven zu halten, muss deshalb für die Banken verpflichtend sein.

Wird ein solcher Reservesatz den Banken vorgeschrieben, so wird damit die Höhe der Kreditschöpfungs-Möglichkeit bestimmt. Dies kann die Bundesbank tun. Sie legt Mindestreserve-Sätze fest. Das bedeutet: Von jeder Einlage müssen die Geschäfts-Banken einen Prozentsatz an die Bundesbank überweisen und dort auf einem Konto zinslos unterhalten, solange die Einlage besteht. Senkt die Bundesbank die Mindestreserve-Sätze, so erhöht sie die Kreditschöpfungs-Möglichkeiten. Erhöht die Bundesbank die Mindestreserve-Sätze, so verringert sie die Kreditschöpfungs-Möglichkeiten der Geschäfts-Banken.

4.00 Monetaristische oder Politische Ökonomie ?

4.10 Die Unabhängigkeit der Notenbank

4.11 Regel-Bindung oder Ermessens-Entscheidung ?

Auch wenn für die Geld-Versorgung einer Volkswirtschaft nicht Konkurrenz-, sondern Monopol-Bedingungen gelten, kann es wirksame Instrumente geben, um die Stabilität des Geldes zu sichern. Wir haben das gerade anhand von Instrumenten der Notenbank-Politik gesehen. Allerdings besteht zwischen Konkurrenz- und Monopol-Systemen der Geld-Versorgung ein bedeutender Unterschied:

Der Wettbewerb ist ein Regel-System. Wenn eine Bank zuviele Banknoten herstellt, so verlieren diese Noten an Wert. Die Kunden werden zu anderen Banken mit stabilem Geld abwandern. Die Banken müssen also im eigenen Einkommens- und Überlebens-Interesse auf Geldwert-Stabilität achten. Unter Wettbewerbs-Bedingungen zeigen wirtschaftliche Fehlentscheidungen bald Rückwirkungen auf die Entscheidungsträger. Die Gefahr von falschen Entscheidungen ist deshalb bei Konkurrenz geringer als bei Monopolen. Schnelle Rückkopplungen sind Merkmale von Regel-Systemen.

Das Staatsmonopol des Geldes mit den Instrumenten der Refinanzierungs-, Offenmarkt- und Mindestreserve-Politik hingegen ist ein diskretionäres System, ein System fallweiser Entscheidungen. (Der Begriff beruht auf dem lateinischen Wort für Unterscheidung, Entscheidung.) Nun herrschen auch in den Regel-Systemen des Wettbewerbs keine Automaten. Auch dort treffen Menschen Entscheidungen.

Der Unterschied liegt erstens in der Reichweite der Entscheidungen. Wenn eine einzelne Bank zuviele Banknoten herstellt, dann betrifft das ihre Kunden und sie selbst. Wenn eine staatliche Notenbank dasselbe tut, betrifft das alle. Der Unterschied liegt zweitens in der Rückkopplung. Bei konkurrierenden Banken können die Kunden die Bank wechseln. Beim Staats-Monopol müssten die Bürger schon das Land wechseln.

Doch auch bei Staats-Monopolen gibt es eine durchaus wirksame Rückkopplung: Schließlich will jede Regierung ihren Arbeitsplatz behalten, also wiedergewählt werden. Ist Demokratie eine Garantie für Geldwert-Stabilität ? Fordern die Wähler von den Politikern vorrangig Geldwert-Stabilität ?

4.12 Demokratie und Geldwert

Von Regierungen wird Geld für Wohnungsbau im Westen und Geld für Beschäftigungs-Gesellschaften im Osten gefordert, Geld für Kindereinrichtungen im Westen und Geld für Alterseinkommen im Osten, Geld für die Entwicklung Osteuropas, Geld für den Verbleib von Menschen in der Dritten Welt. Die Mittel dafür könnten aufgebracht werden durch höhere Schulden oder höhere Steuern. Doch zunehmende Verschuldung wird kritisiert, Steuer-Erhöhungen werden nicht akzeptiert. Regierungen lehnen einen Teil der Forderungen ab, doch einen Teil erfüllen sie, finanzieren sie mit höheren Schulden und höheren Steuern. Denn Regierungen stehen immer in der Gefahr, abgewählt zu werden.

Welche Regierung, gleich welcher politischen Richtung, würde in einer solchen Situation nicht in Versuchung kommen, das Staats-Monopol der Geldschöpfung auszunutzen, sich die Milliarden für Wohnungsbau und Beschäftigungs-Gesellschaften, für Kindergärten und Alters-Einkommen ohne zusätzliche Belastung für die Bürger bei der Notenbank zu beschaffen ? Doch das würde Inflation bewirken. Haben wir nicht gesagt, dass Inflation volkswirtschaftlich immer ein Schaden ist ?

Volkswirtschaftlich ist das richtig. Aber wir haben auch festgestellt, dass Inflation immer Umverteilung bedeutet, eine Umverteilung zulasten der Schwächeren in einer Volkswirtschaft. Es gibt also immer auch Inflations-Gewinner. So hat denn eine Untersuchung der Rangfolge wirtschaftspolitischer Ziele in neun Ländern ergeben, dass Geldwert-Stabilität sehr unterschiedlich gewichtet wird, dass sie bei Konservativen an erster, bei Christdemokraten an zweiter, bei Sozialdemokraten und Sozialisten erst an vierter Stelle steht (Pütz 1971, S.61/62). Inflation ist auch ein Ergebnis des demokratischen Willensbildungs-Prozesses im modernen Wohlfahrtsstaat (Starbatty 1977, S. 17).

4.13 Die Trennung der Gewalten

Wie können wir dann aber Gefahren für die Geldwert-Stabilität verringern ? Offensichtlich lässt sich das nur dauerhaft erreichen, wenn die Notenbank von Einflüssen der Regierung oder des Parlamentes unabhängig ist. Nur wenn politische Entscheidungsträger, die ständig auf ihre Wahl und Wiederwahl achten müssen, gar nicht die Möglichkeit haben, auf die Geldschöpfung Einfluss zu nehmen, können wir sicher sein, dass sie auch keinen Einfluss nehmen (Hasse 1989, S.113-130).

Bei staatsmonopolistischer Geldschöpfung ist Bedingung für Geldwert-Stabilität die völlige Unabhängigkeit der Notenbank von Regierung und Parlament. Unabhängigkeit ist gegeben, wenn drei Regelungen gesetzlich festgeschrieben sind:

Erstens: Die Aufgabe der Notenbank, die Geld-Versorgung der Volkswirtschaft, muss auf ein einziges Ziel konzentriert werden, auf das Ziel, die Währung, also Geldwert-Stabilität zu sichern.

Zweitens: Die Notenbank muss ausdrücklich für unabhängig von jeder Weisung einer Regierung oder eines Parlamentes erklärt werden.

Drittens: Dennoch können wir uns vorstellen, dass die Führung der Notenbank im Wege vorausseilenden Gehorsams einer Regierung Schwierigkeiten ersparen oder das Überleben ermöglichen will. Die Notenbank könnte dem Staat Geld leihen, also Wertpapiere, Schuldscheine abkaufen. Der Notenbank muss es daher untersagt sein, mit öffentlichen Verwaltungen solche Geschäfte, soweit sie über festgelegte Beträge für laufende Zahlungen hinausgehen, abzuschließen.

Diese drei Bedingungen wurden in den Paragraphen 3, 12 und 20 des Bundesbank-Gesetzes von 1957 festgeschrieben. Die Deutsche Bundesbank steht mit ihrer gesetzlich garantierten Unabhängigkeit einzigartig in der Welt dar. Ist das ein deutscher Sonderweg des Perfektionismus ? Oder ist das ein Modell, das überragende Intelligenz der Deutschen beweist ? Für das Bundesbank-Gesetz trifft weder das eine noch das andere zu. In anderen Ländern mit ungebrochenen freiheitlich-demokratischen Traditionen gelten früher einmal entstandene und auch in Deutschland zu Beginn des Jahrhunderts wirksame Regelungen fort. Die Deutschen in den Westzonen hatten dagegen nach 1945 die einmalige Chance, bei manchen Institutionen am Nullpunkt zu beginnen und dabei Fehler zu vermeiden, die gerade Deutsche besonders intensiv gemacht hatten.

4.20 Notenbank-Autonomie und Magisches Viereck

4.21 Notenbank-Autonomie und Demokratie-Gebot

Wir haben zwei Möglichkeiten genannt, um den Geldwert zu stabilisieren: Wir können das staatliche Monopol aufheben und auch die Geld-

schöpfung Wettbewerbs-Regeln unterwerfen. Wird das staatliche Geldschöpfungs-Monopol jedoch beibehalten, so muß die Notenbank gegenüber Parlament und Regierung verselbständigt werden und einen unabhängigen Status erhalten.

Doch: Die Notenbank dem politischen Willensbildungs-Prozess zu entziehen - ist dies nicht eine unpolitische Position ? Wird damit nicht das Demokratie-Gebot des Grundgesetzes unterlaufen ? Ein Wirtschafts-Politiker und späterer Minister sagte: *"Ein autonomes Gremium wie den Zentralbankrat mit so weitreichenden gesamtwirtschaftlichen Einwirkungsmöglichkeiten allein auf das Ziel Währungs-Stabilität (ohne Berücksichtigung der anderen gesamtwirtschaftlichen Ziele) festzulegen, scheint mir mit den Bedingungen eines demokratischen und sozialen Rechtsstaates ebenso unvereinbar zu sein wie die absolute Entscheidungsfreiheit einer Reihe unabsetzbarer Beamter mit dem parlamentarischen System"* (Ehrenberg 1974, S. 197).

Politik und Staat - um ihn geht es, wenn wir von Demokratie sprechen - sind nicht Selbstzweck. Am Anfang der DDR-Verfassung stand der Staat, die politische Organisation (Art.1 der Verfassung der DDR) und politische Macht (Art.2). Am Anfang des Grundgesetzes steht die Menschenwürde (Art.1 Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland) und die freie Entfaltung der Persönlichkeit (Art.2). Die Aufgaben des Staates nach dem Grundgesetz sind auf jene Entscheidungen begrenzt, die für alle Bürger verbindlich entschieden werden müssen.

Der Zusammenhang von Menschenwürde und freier Entfaltung der Persönlichkeit besagt: Der Staat hat zu garantieren, dass die Entscheidungsfreiheit des Einzelnen mit der Entscheidungsfreiheit aller Anderen vereinbar bleibt, also der Sozialbindung unterliegt. Der Staat hat die Möglichkeit persönlicher Entscheidungen zu garantieren, das heißt auch: die Verlässlichkeit der Entscheidungs-Bedingungen zu sichern.

Unsere Überlegungen über das Geld als Tausch-Mittel und als Wertaufbewahrungsmittel haben gezeigt: Zur Verlässlichkeit der Bedingungen wirtschaftlicher Entscheidungen gehört Geldwert-Stabilität. Wenn Geldwert-Stabilität durch die Autonomie der Notenbank eher gesichert wird als durch deren Weisungs-Abhängigkeit von der Politik, dann widerspricht die Autonomie nicht der Demokratie, sondern entspricht den Aufgaben des demokratischen Rechtsstaats.

Schließlich haben wir uns mit dem Grundgesetz nicht für eine absolute, eine totalitäre Demokratie (Talmon 1952) entschieden, sondern für eine rechtsstaatliche Demokratie. Das bedeutet: Demokratie ist rechtsstaatlich gebunden, sie ist begrenzt. Zu den rechtsstaatlichen Bindungen der Demokratie gehört das Prinzip der Gewaltenteilung. Die Autonomie der Notenbank ist auch Ausdruck rechtsstaatlicher Gewaltenteilung.

Formell-rechtlich haben wir es bei der Auswahl der Entscheidungs-Träger in der Bundesbank mit einer ununterbrochenen Legitimations-Kette zu tun: Die Mitglieder des Bundesbank-Direktoriums werden von der Bundesregierung, die Präsidenten der Landeszentralbanken von den Landesregierungen über den Bundesrat vorgeschlagen und vom Bundespräsidenten bestellt. Bundes- und Landesregierungen werden von Bundestag und Landtagen gewählt. Bundestag und Landtage werden von uns, den Bürgern demokratisch gewählt.

Und in der politischen Realität können wir feststellen: Der Staat greift steuernd in viele Bereiche ein, in denen die Regeln des Marktes wirksamer und gerechter wären. Ein besonders krasses Beispiel ist die Agrarpolitik mit ihren Anreizen zu Umwelt-Zerstörung und Kriminalität, mit ihren zerstörerischen Wirkungen in Entwicklungsländern. Solche Eingriffe machen den Staat anfällig für den Druck von Interessengruppen. Sie gefährden damit Demokratie sehr viel stärker als die Selbstbegrenzung der Politik, wie sie in der Unabhängigkeit der Notenbank zum Ausdruck kommt (Reeder 1976. Starbatty 1977).

4.22 Die Geldwert-Stabilität im magischen Viereck

Inflation ist für die Demokratie gefährlicher als die Unabhängigkeit der Notenbank - so können wir wirtschaftspolitische Erfahrungen zusammenfassen. Nun richtet sich die Kritik am Status der Bundesbank gegen zwei Elemente: gegen die mangelnde demokratische Kontrolle und gegen die Ausrichtung allein auf die Geldwertstabilität.

Immerhin verpflichtet das Grundgesetz in Art.109,2 Bund und Länder auf die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. Das Gleichgewicht wird im Stabilitäts-Gesetz konkretisiert mit 1. Stabilität des Preisniveaus, 2. hohem Beschäftigungsstand, 3. aussenwirtschaftlichem Gleichgewicht und 4. stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum. Muss dann nicht auch die Bundesbank wie die Regierungen auf alle vier Stabilitätsbedingungen verpflichtet werden ?

Wirtschaftliches Wachstum ist ebenso wenig ein Selbstzweck wie Geldwert-Stabilität. Wachstum soll es möglich machen, dass die Bedürfnisse der Menschen nach Gütern und Leistungen, nach Kulturangeboten und Infrastruktur-Einrichtungen, nach Lebenschancen und Naturschutz zunehmend und besser befriedigt werden. Wachstum ist dann sinnvoll, wenn es den Bedürfnissen der Menschen entspricht. Die einzige Möglichkeit, diese Bedürfnisse zu erkennen, ist in der industrialisierten Marktwirtschaft die Nachfrage.

Bei schneller Entwertung des Geldes verschiebt sich die Struktur der Nachfrage. Menschen, die ihre Ersparnisse anlegen wollen, werden in erster Linie fragen, wie sie der Geldentwertung entgehen können. Zwischen 1967 und 1970 befanden sich jeweils 490.000 bis 525.000 Wohnungen im Bau. 1971 schnellte die Zahl auf 609.000, 1972 auf 735.000, 1973 auf 816.000 hoch (DIW 1974). Das Preisniveau stieg in diesen Jahren um 3,3 % in 1970, 5,3 % in 1971, 5,6 % in 1972, 7 % in 1972, 7 % in 1973 (DIW 1974).

Viele Menschen versuchten also, durch Flucht in Sachwerte, damals sagte man: ins >Betongold< der Geldentwertung zu entgehen. Kapital wurde eingesetzt, Arbeitskräfte wurden angeworben, Produktions-Kapazitäten wurden aufgebaut - und zwar unabhängig von tatsächlichem langfristigen Bedarf, von tatsächlicher dauerhafter Nachfrage. Bald zeigte sich, dass am Bedarf vorbei gebaut worden war: 1975 verlangte der Gesamtverband der Gemeinnützigen Wohnungsunternehmen von der Bundesregierung Hilfen, um eine Halde von 300.000 überschüssigen Wohnungen abzubauen (Wirtschaftswoche Jg.29(1975)13, S.20).

Hohe Geldentwertung kann also vorübergehend zu schnellem Wachstum führen, zu Wachstum allerdings, dass mit Struktur-Verzerrungen, Fehl-Leitungen von Arbeit und Kapital einhergeht und damit schon den Keim für eine Rezession in sich trägt: 1973 gab es im Bauhauptgewerbe 607, 1974 1.141 Unternehmens-Zusammenbrüche. Von 1972 bis 1977 verloren hier mehr als 400.000 Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz. Die extremen Schwankungen in der Baunachfrage, verursacht durch private Inflations-Angst und staatliche Steuerungsversuche, haben die Bauwirtschaft lange geschädigt - die heutigen Wohnungs-Probleme gehören zu den Spätfolgen.

Geldwert-Stabilität ist Voraussetzung für stetiges Wachstum, das nicht zu Struktur-Verzerrungen führt und schließlich in Rezessionen mündet. Eine Geldpolitik, die den Geldwert stabilisiert, schafft die beste Grundlage für solches Wachstum.

Für außenwirtschaftliches Gleichgewicht und Geldwert-Stabilität gelten unmittelbare Zusammenhänge. Fließt einem Land per saldo dauerhaft Geld aus dem Ausland zu, ist es also ein Überschuss-Land, so übersteigt die Geldmenge die Gütermenge. Dies bedeutet einen Inflations-Impuls. Länder, aus denen per saldo dauerhaft Geld abfließt, versuchen dieses Problem in der Realität meist dadurch zu lösen, dass sie ihre abhängigen

Notenbanken veranlassen, die Geldmenge ständig zu erhöhen. Die Inflation ist in Defizit-Ländern in der Regel höher als in Überschuss-Ländern.

Geldwert-Stabilität setzt außenwirtschaftliches Gleichgewicht voraus. Es gibt zwei Wege, um dieses Gleichgewicht dauerhaft zu erreichen: Entweder weisen die Länder eine ähnliche Wirtschaftsstruktur und gleiche Stabilitätsbedingungen auf. Oder der Ausgleich erfolgt durch freie, von Angebot und Nachfrage bestimmte Wechselkurse. Nicht die Notenbank muss auf das außenwirtschaftliche Gleichgewicht verpflichtet werden. Die Regierungen müssen Bedingungen beseitigen, die außenwirtschaftliches Gleichgewicht verhindern. Das gilt vor allem für Wechselkurse, die von Regierungen ohne Rücksicht auf unterschiedliche Wirtschaftsstrukturen, die gegen tatsächliches Angebot und tatsächliche Nachfrage festgelegt werden.

4.23 Durch Inflation zur Vollbeschäftigung ?

Wenn die Notenbank auf alle vier Bedingungen des >magischen Vierecks< verpflichtet werden soll, so geht es vor allem um das Beschäftigungsziel. Eine Aussage zum Verhältnis von Beschäftigung und Geldwert ist berühmt geworden. *"Mir sind fünf Prozent Inflation lieber als fünf Prozent Arbeitslosigkeit"* (Helmut Schmidt). Können wir durch Inflation Arbeitslosigkeit verhindern oder wenigstens vermindern ?

Geld bedeutet Nachfrage; zusätzliches Geld bedeutet zusätzliche Nachfrage; zusätzliche Nachfrage bedeutet zusätzliche Produktion; zusätzliche Produktion bedeutet zusätzliche Beschäftigung - so wird behauptet. Am Beispiel der Flucht ins Betongold haben wir jedoch gesehen, dass dieser auf den ersten Blick so überzeugende Zusammenhang nur vorübergehend, nur kurzfristig gilt. Der Grund liegt im Verlust der Geld-Illusion, im Verlust des Glaubens, dass 100 Mark gestern denselben Wert darstellen wie 100 Mark heute, morgen und übermorgen.

Die Menschen wissen: Wenn wir fünf Prozent mehr verdienen, gleichzeitig aber für alles fünf Prozent mehr bezahlen müssen, dann ist unsere reale Einkommens-Steigerung gleich Null. Ziel der Gewerkschaften ist es, das Realeinkommen ihrer Mitglieder zu erhöhen. Bei inflationärer Tendenz werden Gewerkschaften und Unternehmer auf jeden Fall alles versuchen, ihr Realeinkommen zu sichern. Sie werden die Inflations-Rate in Preise und Löhne einkalkulieren - und zwar nicht nur die gegenwärtige, sondern auch die erwartete künftige - höhere - Inflations-Rate. Wenn die Geld-Entwertung jetzt fünf Prozent beträgt, so können die Menschen damit rechnen, dass sie im nächsten Jahr sechs oder sieben Prozent beträgt. Sie werden diese erwartete Inflations-Rate einkalkulieren: die Inflation nährt sich selbst.

Bei der Flucht in die Sachwerte sahen wir, dass inflationäre Nachfrage nicht nur künstlich aufgeblähte, sondern auch verzerrte Nachfrage ist. Die Niveau- und Struktur-Effekte der Inflation bergen den Keim der Rezession schon in sich. Wenn die Produzenten davon ausgehen, dass schnell wachsende Nachfrage inflationär ist, so werden sie immer weniger bereit sein, zusätzlich zu produzieren und zusätzliche Arbeitskräfte zu beschäftigen, sie werden sich auf Preisanpassungen konzentrieren. Die inflationäre Nachfrage bewirkt immer weniger zusätzliche Produktion und immer mehr Preis-Steigerungen. Im Wettlauf zwischen inflationären Einkommens- und Preis-Steigerungen wird die Nachfrage bald ausbleiben: die Menschen sind nicht mehr bereit, weiter steigende Preise zu bezahlen. Bleibt die Nachfrage aus, gehen Produktion und Beschäftigung zurück.

Mit Inflation kann man Beschäftigung allenfalls vorübergehend erhöhen. Zusätzliche Nachfrage bedeutet durchaus nicht zwangsläufig zusätzliche Produktion. Auf die Dauer mündet Inflation in Arbeitslosigkeit. Gerade wenn wir Beschäftigung stabilisieren wollen, ist es richtig, die Notenbank allein auf Geldwert-Stabilität zu verpflichten.

4.30 Stabilität oder Instabilität der Marktwirtschaft ?

4.31 Angebot und Nachfrage

Wir haben begründet, warum es richtig ist, eine Notenbank allein auf Geldwert-Stabilität zu verpflichten und nicht zusätzlich auf Wachstum und Vollbeschäftigung. Bleibt der Geldwert stabil, so ist eine wichtige Voraussetzung für eine stetige Entwicklung der Volkswirtschaft erfüllt. Stetige Entwicklung bedeutet, dass sich gesamtwirtschaftliches Angebot und gesamtwirtschaftliche Nachfrage ohne allzu große Ausschläge um einen Gleichgewichts-Pfad herum entwickeln.

Aber können wir eine solche stetige Entwicklung feststellen ? Ist die Realität nicht durch Schwankungen geprägt ? Durch Schwankungen, die immer wieder den Charakter von Krisen annehmen ? *"Am Ende einer erst extensiven und dann intensiven, in Wachstums-Zyklen schwankenden Reproduktions-Phase der BRD, steht das Eingeständnis schwerer Produktions-Einbrüche, steigender Arbeitslosigkeit, deutlich spürbarer Unternehmens-Zusammenbrüche und ungebrochener Inflation"* (Hickel 1979, S.V). Wenn Schwankungen der wirtschaftlichen Entwicklung nicht ein stetiges Auf und Ab bedeuten, sondern krisenhafte Züge annehmen - worin können die Ursachen liegen ?

Die Ursachen können auf der Angebots-Seite liegen: Wenn bei ausgelasteten Kapazitäten die Nachfrage um fünf Prozent zunimmt, so werden Produktions-Kapazitäten nicht um genau fünf Prozent ausgeweitet werden können. Technische Anlagen können wir nicht in beliebigen Größenordnungen einrichten oder erweitern. Für industrielle Produktion brauchen wir Mindestgrößen. Bei unsererer Annahme einer fünfprozentigen Nachfrage-Steigerung steigen die Kapazitäten möglicherweise stärker an. Das kann Über-Investition bedeuten. Entsprechende Entwicklungen erleben wir bei grundlegenden technischen Neuerungen.

Die Ursachen für die Schwankungen können auf der Nachfrage-Seite liegen: Es kann sein, dass die Einkommen nicht ausreichen, um alle produzierten Güter zu kaufen, dass wir es mit Unter-Konsumtion zu tun haben. Auch ist denkbar, dass die Menschen ihr Geld sehr viel schneller oder sehr viel langsamer ausgeben als sie es normalerweise tun, dass also die Umlauf-Geschwindigkeit des Geldes deutlich zunimmt oder abnimmt.

Beide Ursachen sind auch kombiniert denkbar: Um ihr Kapital zu verwerten, investieren die Kapitalisten; um ihre Gewinne zu sichern, begrenzen sie die Löhne und damit die Nachfrage. Diesen Zusammenhang hat Karl Marx als objektive Gesetzmäßigkeit des kapitalistischen Systems behauptet: als Widerspruch zwischen steigender Güter-Produktion je eingesetzter Arbeitskraft einerseits und sinkendem Arbeits-Zeitaufwand je Güter-Einheit, damit sinkendem Warenwert andererseits: *"Der letzte Grund aller wirklichen Krisen bleibt immer die Armut und Konsumtions-Beschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtions-Fähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bilden."* (Marx 1865, S.501).

Solche Überlegungen erklären Krisen in früheren Entwicklungs-Stadien unserer Wirtschaft und in heutigen Entwicklungsländern. In modernen, hochdifferenzierten Volkswirtschaften führen technische Neuerungen kaum noch zu starken kürzerfristigen Auf- oder Abwärts-Bewegungen der gesamten Realwirtschaft. Die Produktions-Kapazitäten entwickeln sich in differenzierten Wirtschaften normalerweise nicht auf allen Märkten gleichförmig und unabhängig von der Nachfrage. Starke Gewerkschaften sorgen unaufhörlich dafür, dass die Massen-Einkommen nicht hinter den Produktions-Möglichkeiten zurückbleiben. Und warum sollten Menschen ihr Geld einmal sehr viel langsamer, einmal sehr viel schneller ausgeben als sonst; warum sollte die Umlauf-Geschwindigkeit des Geldes stark schwanken und nicht weitgehend stabil sein ?

4.32 Inflations-Ursache Politik

Nun können wir aber in allen industriellen Volkswirtschaften starke Konjunktur-Schwankungen feststellen. Woher kommen denn Inflation und Arbeitslosigkeit, wenn moderne Marktwirtschaften zu einer eher stetigen Entwicklung tendieren sollen ?

Im Januar 1991 bezifferte die amerikanische Regierung die Kosten eines Kriegstages am Golf auf 500 Millionen Dollar. An einem Kriegstag wurden 30 Patriot-Raketen zum Stückpreis von 1 Million DM eingesetzt (Kowalski 1991). In marktwirtschaftlichen Ordnungen bedeutet dies: Bei der Produktion von Rüstungsgütern entstehen Tag für Tag Einkommen. Mit den Nettoeinkommen fragen die Menschen zivile Güter nach, die sie aber nicht produziert haben. Die von ihnen produzierten Güter werden an jedem Kriegstag wieder zerstört. Die privat verfügbaren Einkommen steigen also von Tag zu Tag über die zivil verfügbare Gütermenge hinaus an.

Totalitäre Staats- und Wirtschafts-Systeme können die damit verbundene Inflation durch Zwangsmaßnahmen zurückstauen; marktwirtschaftliche Demokratien können das nicht. (Es sei denn, ihre Volkswirtschaft ist so groß, dass ihre Währung weltweit nachgefragt und gehalten wird.) Kriege zu führen ist deshalb für autoritäre und totalitäre Regime wesentlich leichter als für demokratische Regierungen. (Unterscheiden müssen wir hier zwischen einem Krieg mit täglich neuer Zerstörung und der Existenz einer Armee, die in ihrer Sicherungs-Funktion nach außen dem Rechtswesen und der Polizei im Innern entspricht.)

Gehen wir der Geschichte der Inflationen nach, so stellen wir fest, dass Inflationen immer wieder in der Folge von Kriegen aufgetreten sind und sehr lange nachwirkten: nach dem Siebenjährigen Krieg Preußens, nach den napoleonischen Kriegen, nach dem amerikanischen Bürgerkrieg, nach dem deutsch-französischen Krieg, nach dem ersten Weltkrieg (Gaettens 1957).

Aber welche Ursache hatten Konjunktur-Schwankungen, hatten Geld-Entwertung und Arbeitslosigkeit westlicher Industrieländer in den siebziger und Anfang der achtziger Jahre ? Wir können Konjunktur-Probleme über die Bestimmung von gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichten zwischen Angebot und Nachfrage hinaus als Probleme von Disproportionalitäten erklären (Eucken 1952, S.109), wir haben hier von Struktur-Verzerrungen gesprochen. Dann haben wir nach Ursachen disproportionaler Entwicklung industrialisierter Volkswirtschaften, nach den Ursachen von Struktur-Verzerrungen zu fragen.

In den sechziger und siebziger Jahren zeigte sich eine übereinstimmende Tendenz in diesen Volkswirtschaften: der Staats-Anteil am Sozialprodukt ist deutlich gestiegen. Dabei wuchsen die Staats-Ausgaben schneller als die Einnahmen. Zweite übereinstimmende Tendenz ist wachsende Staatsverschuldung (Rühle/Veen 1979). Die Überforderung der Volkswirtschaften durch den Staat zeigte sich in steigenden Inflations-Raten.

Die Überforderung der Realwirtschaft durch schnell steigende Staatsverschuldung hat eine weitere Dimension, die wir oben mit dem Prozess der wundersamen Geldvermehrung beschrieben haben, mit den Kredit-Pyramiden der Kredit-Schöpfung. Schuldscheine des Staates, also Forderungen an den Staat erscheinen ja als ideale, weil absolut sichere Basis für Kredit-Schöpfung. Staaten, so glauben viele, können nicht bankrott gehen. Dass ist zwar falsch (Rose/Peters 1978), weil es nicht ökonomisch, realwirtschaftlich begründet ist, sondern nur rechtlich. Doch solange die Menschen daran glauben, werden gerade Staatsschulden zu einer sprudelnden Quelle der Geldschöpfung.

Dass unter diesen Bedingungen die Umlauf-Geschwindigkeit zunahm, ist nicht überraschend. Die Disproportionalitäten, die Struktur-Verzerrungen, die dabei entstanden, haben wir mit der Flucht ins Betongold angesprochen. Diese Verzerrungen mussten zu Arbeitslosigkeit führen -

sei es später nach immer schneller steigender Inflation, sei es früher, wenn die Geldpolitik die Inflation abbremste. Auf tatsächliche oder drohende Arbeitslosigkeit reagierten die Regierungen mit gegensteuernden Maßnahmen.

Da exaktes Gegensteuern wegen der notwendigen Belastung aller Einkommens-Gruppen politisch nicht durchsetzbar war, verminderte die antizyklisch gedachte Globalsteuerung die Konjunktur-Ausschläge nicht, sondern verstärkte sie eher. Die tatsächliche Wirkung der Konjunktur-Steuerung durch den Staat legt es nahe, einen Satz von Karl Kraus über die Psychoanalyse umzuformulieren: Die antizyklische Globalsteuerung erwies sich als die Krankheit, für deren Therapie sie ausgegeben wurde.

Zudem ist demokratische Politik selbst ausgesprochen zyklisch ausgerichtet: In der Bundesrepublik Deutschland weist die Gesetzgebung gemessen am Umfang des Bundesgesetzblattes regelmäßig im Wahljahr oder im Jahr davor ihren Höhepunkt innerhalb einer Wahlperiode aus. Subventionen erreichen jeweils im Jahr vor der Bundestagswahl ihren Höchststand (Deiningner 1974). Daraus können wir für den Staatshaushalt und damit für einen entscheidenden Sektor der Volkswirtschaft eine Entwicklung ableiten, die in den sechziger Jahren offensichtlich wurde: Vor der Wahl 1965 beschloss der Bundestag Ausgaben-Erhöhungen und Steuer-Senkungen, die unmittelbar nach der Wahl zurückgenommen wurden.

4.33 Verstetigung statt Antizyklus

Dass Angebot und Nachfrage auch gesamtwirtschaftlich nie ganz übereinstimmen, ist einsehbar. Erklärungsbedürftig ist, wenn sich Ungleichgewichte zu Krisen ausweiten. Vieles spricht dafür, dass Krisen nicht Ausdruck der Instabilität marktwirtschaftlicher Ordnungen, also endogen verursacht, dass sie vielmehr Folgen politischer Einflüsse und Eingriffe, also exogen verursacht sind.

Konzeptionen antizyklischer Politik versprechen unter diesen Bedingungen keine Abhilfe. Wenn der Staat zu einer stetigen wirtschaftlichen Entwicklung beitragen soll, dann muss Stetigkeit gerade für die Wirtschafts- und Finanzpolitik gelten. Stetigkeit bedeutet, dass Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Regel nicht zum Ausgleich wirtschaftlicher Schwankungen eingesetzt, dass also Staats-Einnahmen und vor allem Staats-Ausgaben nicht einmal deutlich erhöht, ein anderes Mal deutlich gebremst werden. Stetigkeit bedeutet, dass die Ausgaben des Staates am langfristigen Wachstumspfad der Volkswirtschaft ausgerichtet werden. Gleiches gilt für die Geldpolitik.

Werden Wirtschafts- und Finanzpolitik einerseits, Geldpolitik andererseits verstetigt, so ist dies ein wesentlicher Beitrag zur Geldwert-Stabilität. Verlässlichkeit des Geldwertes ist eine der Voraussetzungen für langfristig angelegte wirtschaftliche Entscheidungen privater Wirtschafts-Subjekte. Und auf langfristig stabile Entwicklungen angelegte Entscheidungen verringern die Gefahr volkswirtschaftlicher Disproportionalitäten.

5.00 Haben oder Sein ?

5.10 Das Geld und die Seele

5.11 Geld - ein Fetisch ?

Unabhängigkeit der Notenbank, Stabilität des Geldwertes - haben sich diese Konzepte in den bisherigen Überlegungen nicht vom Leben und Handeln der Menschen losgelöst, haben sie nicht den Charakter von Glaubens-Bekennnissen angenommen ? Schließlich stellt Geld nichts anderes dar als Zahlen, ist Geld nur eine quantitative, eine formelle, eine abstrakte Größe. Wer sich in dieser Weise auf >Geld< fixiert - muss der

nicht den Verdacht wecken, ein gestörtes Verhältnis zu seiner Umwelt, zu fühlenden, denkenden, handelnden Menschen, zum Leben überhaupt zu haben ?

Die Psychologie spricht von Fetischismus: Wer unfähig ist, lebendige Beziehungen zu Menschen, zu seiner Umwelt aufzunehmen, der fixiert sich auf Lebloses, auf Gegenstände, Kleidungsstücke, Trophäen. Haben wir uns hier in ähnlicher Weise auf Zahlen, auf bloße Rechengrößen fixiert ? Ist die Fixierung auf Geld, ist seine Wertschätzung nicht Ausdruck einer Entwicklungs-Störung, des Verharrens in einer Entwicklungs-Phase, die die Psychoanalyse analerotisch nennt (Freud 1933, S.534. Fromm 1976, S.85) ?

5.12 Geld und Kommunikation

Geld, so sahen wir, ist in der modernen Wirtschaft kein Wert an sich, hat selbst keinen Wert; es ist ein Wert-Ausdruck. In derselben Weise ist ein Wort nicht identisch mit der Sache, die es bezeichnet, sondern eben nur Ausdruck, ein Zeichen für diese Sache. Wie verwandt Geld und Wörter einander geworden sind, haben wir bei der Entwicklung vom Waren-Geld über das Zeichen-Geld zum Buch-Geld, von Quittings-Zetteln zu Schuldscheinen und Banknoten gesehen. Das Wort vom Zahlungs->Versprechen< stellt diesen Zusammenhang von Geld und Sprache ausdrücklich her. Sprache und Geld dienen dazu, Beziehungen, Verbindungen zwischen Menschen herzustellen. Sie sind Kommunikations-Medien (Luhmann 1970, S.213), damit Ausdruck der Sozial-Bindung der Menschen.

Was Psychologen meinen, ist der Drang mancher Menschen, möglichst viel zu >haben<, zu >besitzen<, möglichst wenig herzugeben. Diese Neigung kann in der Tat krankhaft sein. Sie am Geld festzumachen, ist offensichtlich unsinnig: Wer möglichst viel bekommen will, der muss das Geld, das er hat, ja gerade herausgeben.

Versteht man >Geld< als Auslöser krankhafter Haben-Orientierung, dann dürfte es diese Charakter-Struktur in einer Gesellschaft ohne Geld nicht geben. Das ist in der Tat vorstellbar - allerdings nur in jenen kleinen, überschaubaren archaischen Gemeinschaften, die Marx, Engels und vielen ihrer Nachfolger als ideale Gesellschaft vorschwebten (Baumeister 1976).

5.13 Einkommen: Entstehung und Verwendung

Wie oberflächlich psychologisch oft geurteilt wird (Bornemann 1976), zeigt eine einfache Überlegung: Person A ist sehr interessiert an Geld, Person B nicht. A reist gerne und braucht dafür Geld. B reist auch gerne - er achtet auf gute Beziehungen zu Leuten, die ihn zu großen Reisen einladen. Beide reisen gern; für A ist Geld das Mittel zu diesem Zweck, für B sind es Beziehungen.

Menschen, die möglichst viel Geld verdienen wollen, werden in manchen psychologischen Konzepten als durch und durch Haben-orientiert bezeichnet. Können wir dieses Urteil aufrechterhalten, wenn wir sehen, wie ein solcher Mensch große Teile seines Geldes zur Förderung von jungen Künstlern, wissenschaftlichen Stiftungen oder für Gesundheits-Programme in Elendsgebieten einsetzt? Wenn wir uns mit >Geld< beschäftigen, müssen wir offensichtlich Mittel und Zweck genauer unterscheiden, als das in verbreiteten Urteilen oft gemacht wird.

Einkommen kann aus Geld bestehen, aber auch aus realen Gütern oder aus Arbeits-Leistung. Ob ein heutiger Konzern-Manager viel Geld einnehmen will, um ein architektonisch eindrucksvolles Verwaltungsgebäude zu errichten, oder ob ein mittelalterlicher Graf seine Leibeigenen zu Arbeitsdiensten veranlasst, um eine Kirche zu bauen, die seinem Seelenheil dienen soll - es geht beidemale um Einkommen, einmal monetär, einmal real.

Wir müssen also unterscheiden zwischen monetärem und realem Einkommen; und wir müssen unterscheiden zwischen Einkommens-Entstehung und Einkommens-Verwendung. So gesehen, erlaubt Interesse an Geld noch keinerlei Aussage über eine Persönlichkeit. Wir können von psychologischer Neutralität des Geldes sprechen.

5.20 Das Geld und die Gesellschaft

5.21 Ökonomische Neutralität des Geldes ?

Können wir aber auch von gesellschaftlicher Neutralität des Geldes sprechen ? Wenn wir Geld als bloßes Zeichen verstehen, dann scheinen wir dies zu tun. Andererseits: wir haben uns ausführlich mit der Stabilität des Geldwertes beschäftigt. Ist diese Ausrichtung auf eine abstrakte Größe nicht auch eine Art Fetischisierung? Wer nicht in der Lage oder nicht willens ist, das Geschehen in seiner Umwelt, in der Gesellschaft mit Nachdenken, mit seinem Verstand zu erfassen und zu durchdringen, der sieht überall geheimnisvolle, magische Kräfte am Werk. Haben wir in unseren Überlegungen nicht einer schlichten Rechen-Größe geradezu magische Kräfte zugeschrieben ?

Dass Geld ökonomisch nicht neutral ist (v.Hayek 1931), nicht bloßes Zeichen, das wir bei der Untersuchung realer ökonomischer Zusammenhänge vernachlässigen können, haben wir uns anhand von Überlegungen zu Nutzen und Kosten des Geldes (Woll/Vogt 1975, S.4) bewusst gemacht.

Mit der Entwicklung des Geldes, so sahen wir, verringern sich die Transaktions-Kosten. Ein hochentwickeltes Geld-System leistet einen wichtigen Beitrag zur Produktivität einer Volkswirtschaft. Auf der anderen Seite hat uns die Flucht ins Betongold gezeigt, wie eine inflationäre Ausweitung der Geldmenge zu strukturellen Verzerrungen, zu Disproportionalitäten führen kann. Eben deshalb haben wir die Geldwert-Sta-

bilität betont: Sinkender Geldwert bedeutet, dass Geld sich von den realen Größen löst, dass es zunehmendes Eigengewicht gewinnt. Und eben das heißt, dass sich >Geld< immer weiter von den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen entfernt, dass es seine Funktion als Wertaufbewahrungs-Mittel ökonomisch-objektiv wie in der subjektiven Wahrnehmung eingebüßt hat.

Unsere Wahrnehmung wird durch Sprache, durch Begriffe beeinflusst. In der Benennung früherer spanischer, portugiesischer und lateinamerikanischer Währungen kam das Verständnis für den realen Bezug von Geld noch zum Ausdruck: im 'Real', der in Brasilien am längsten galt, von 1690 bis 1942. Doch wenn es nicht gelingt, diesen realen Anspruch einzulösen, ist es angemessen, sich von dieser Währung zu lösen, wie es das heute hochinflationäre Brasilien mit dem Übergang zum Cruzeiro getan hat. Andererseits kann der Währungs-Name 'Real' wirksamer Ausdruck für Bestrebungen sein, von einer inflationären zu einer stabilen Währung zu kommen. Das wird allerdings nur erfolgreich sein, wenn es gelingt, eine tatsächlich realwirtschaftlich fundierte, eine an das volkswirtschaftliche Realvermögen gebundene Währung zu installieren - eine Realasset-Währung (Engels 1982).

5.22 Soziale Neutralität des Geldes ?

"Die Eigenschaften des Geldes sind meine - des Besitzers - Eigenschaften und Wesenskräfte. Das, was ich bin und vermag, ist also keineswegs durch meine Individualität bestimmt. Ich bin hässlich, aber ich kann mir die schönste Frau kaufen. Also bin ich nicht hässlich, denn die Wirkung der Hässlichkeit, ihre abschreckende Kraft, ist durch das Geld vernichtet." (Marx 1844, S. 105).

Nach unseren bisherigen Überlegungen können wir das Frauenbild dieser Aussage von Karl Marx als Qualitäts-Maßstab für deren Geld-Kon-

zept nehmen. Dass hier einige gesellschaftliche Sachverhalte durcheinander gebracht werden, können wir mit wenigen Überlegungen erkennen:

Die meisten Bürger der DDR, die ein Auto fahren wollten, hatten das Geld dafür. War also ihre Immobilität durch das Geld vernichtet, hat das Geld ihnen die Möglichkeit gegeben, ein Auto zu erhalten ? Ein Parteisekretär der SED wird nur einen Bruchteil des Geldes gehabt haben, über das der Vorstands-Vorsitzende eines westdeutschen Konzerns verfügt. Vermochte also der Parteisekretär auch nur einen Bruchteil dessen, was ein Vorstands-Vorsitzender vermag ?

Wenn die Behauptungen von Karl Marx stimmen, dann dürfte das, was er beschreibt, in einer Gesellschaft nicht möglich sein, in der das Geld eine sehr viel geringere Rolle spielt. Geschichte und Gegenwart belegen das Gegenteil. Das Problem, um das es hier geht, heißt nicht Geld, sondern Macht.

Macht treffen wir in jeder Gesellschaft an. Die entscheidende Frage ist: Wie können wir Macht begrenzen, kontrollieren, für die Menschen erträglich machen ? Die Erfahrungen mit der Konzentration von Macht in sozialistischen Systemen zeigen: Macht ist nur dann erträglich, wenn sie aufgeteilt wird. Privateigentum bedeutet Trennung von politischer und wirtschaftlicher Macht. Wettbewerb bedeutet Teilung wirtschaftlicher Macht. Und ein weiteres Medium, das Macht begrenzt und erträglich macht, ist Geld.

5.23 Das Geld und die Freiheit

Am Beginn unserer Überlegungen stand Friedrich Engels' Überzeugung, es bei einer Marktwirtschaft mit einer anarchischen Produktionsweise zu tun zu haben. Er verwechselte die Art der Koordination mit dem Fehlen von Koordination. Die Koordination in dieser Ordnung erfolgt horizon-

tal, auf der Basis von Gleich-Ordnung durch Angebot und Nachfrage, erfolgt über das Medium Geld, das alle Bedürfnisse und Ressourcen auf einen Nenner bringt, also abstrahiert (Sohn-Rethel 1976, S.54-69).

Die Alternative zu dieser Ordnung ist eine Organisation, in der die Koordination vertikal, auf der Basis von Über- und Unter-Ordnung erfolgt: durch Anweisung und Ausführung. Wenn jedem von oben vorgeschrieben wird, was er zu produzieren hat, wenn jeder von oben zugewiesen bekommt, was er ge- und verbrauchen kann, dann ist Geld in der Tat überflüssig.

Die Alternative zeigt uns den Beitrag des Geldes zur Macht-Teilung: Geld als Medium horizontaler Koordination begrenzt die Macht, die auf Weisungs-Kompetenzen in Systemen vertikaler Koordination beruht. Geld ist Ausdruck wechselseitiger Abhängigkeit und wechselseitiger Anpassung der Menschen (Simmel 1900, S. 134), ist damit Ausdruck von Sozialbindung.

Geld als abstrakter Anspruch an das Sozialprodukt gibt dem Einzelnen die Möglichkeit, seine Ansprüche nach seinen eigenen Vorstellungen zu konkretisieren. In Systemen vertikaler Koordination liegt es in der Macht der Organisatoren, dem Einzelnen zuzuteilen, was er ihrer Meinung nach braucht. Die abstrakte Größe >Geld< hingegen gibt ihm die Möglichkeit, selbst zu bestimmen, welche Güter und Leistungen seinen Ansprüchen an das Sozialprodukt entsprechen. Geld ist damit Ausdruck von Wahl-Möglichkeiten, von Freiheit (Ehrlicher 1979).

5.30 Das Geld und die Probleme

5.31 Die neue Geld-Illusion

Aber können wir uns frei fühlen angesichts der Wahl-Möglichkeiten, die uns das Geld eröffnet, wenn die meisten Menschen in dieser Welt diese

Freiheit nicht haben ? Müssen wir nicht die Teilung der Welt in Reich und Arm, die eine Teilung ist in Freiheit und Unfreiheit, durch Teilen überwinden ?

Immer wieder kommt gerade auch aus dem Kreis derer, die die Orientierung an der Abstraktion >Geld< kritisieren, die Forderung, unser Geld mit denen zu teilen, denen es so viel schlechter geht als uns. Wir sollen einem Regierungschef der DDR 15 Milliarden DM geben. Wir sollen Milliarden an Entwicklungsländer geben statt sie für Rüstung zu verwenden. Wir sollen Ländern Milliarden geben, damit die Bewohner nicht aus wirtschaftlichen Gründen ihr Land verlassen müssen.

Offenbar herrscht gerade bei vielen, denen Geld als Ausdruck von Persönlichkeits-Deformation und als Ausdruck repressiver Gesellschaft gilt, ein fester Glaube an die allumfassende Problemlösungs-Fähigkeit des Geldes in anderen Regionen der Welt. Ist die Übertragung von Milliarden DM in Entwicklungsländer ein Beitrag zur Problem-Lösung, oder ist sie Ausdruck einer neuen Art von Geld-Illusion ?

5.32 Lähmende Hilfe

Geld ist soviel wert, wie Güter und Leistungen diesem Geld gegenüberstehen. Güter und Leistungen stehen in diesen Ländern meistens nicht ausreichend zur Verfügung. Was also können die Empfänger deutscher Milliarden mit diesem Geld tun ? Sie können damit letztendlich in Deutschland oder in anderen industrialisierten, in den Welthandel integrierten Ländern Güter und Leistungen einkaufen. Ist damit den Menschen in diesen Ländern geholfen ?

Wenn die Einkäufe dazu dienen, aktuelle Mangel-Situationen bei einzelnen Gütern zu überbrücken, dann kann damit den Menschen geholfen werden, dann macht die Geld-Übertragung Sinn. Aus vierzig Jahren Ent-

wicklungshilfe kennen wir allerdings auch eine andere Wirkung: Länder kaufen mit übertragenem Geld Güter bei uns ein, statt alle Möglichkeiten im eigenen Land zu nutzen, um selbst zu produzieren, was die Menschen brauchen. Je länger die Hilfe andauert, um so mehr lähmt sie die eigenen Anstrengungen. Ein Land in Afrika, das es gewohnt ist, mehr und mehr Nahrungsmittel auf den Weltmärkten einzukaufen, zerstört damit auf Dauer die eigene Landwirtschaft. Die Geld-Übertragungen werden dann zu tödlicher Hilfe (Erler 1985).

5.33 Geld- oder Ordnungs-Transfer ?

Dies gilt vor allem in solchen Ländern, die ihre Wirtschaft einer vertikalen Organisation und Planung zu unterwerfen versuchen, in Ländern mit Systemen staatlicher Wirtschafts-Lenkung. Welche Hilfe können wir dann aber anderen Ländern leisten, wenn Geld-Übertragungen Entwicklung eher behindern als fördern ?

Wirtschaftliche Entwicklung bedeutet: auf der Grundlage zunehmender Arbeitsteilung die Menschen im eigenen Land zu beschäftigen und die eigenen natürlichen Möglichen zu nutzen. Die Erfahrungen mit zentral gesteuerten Wirtschaftssystemen einerseits, mit marktwirtschaftlichen Ordnungen andererseits zeigen: Nur dezentralisierte Systeme sind in der Lage, so viele Informationen wie eben möglich aufzunehmen und die Menschen zu höchstmöglichen eigenen Anstrengungen zu motivieren. Die Bedingungen dafür lauten: Privateigentum, Wettbewerb und leistungsfähige Infrastruktur. Bei der Infrastruktur unterscheiden wir materielle Infrastruktur - Verkehrs-, Kommunikations-, Gesundheits-, Bildungs-, Wissenschafts-Systeme - und institutionelle Infrastruktur - Verfassung, Gesetzgebung, Rechtspflege, Verwaltung, Selbstverwaltung. Zu den wesentlichen Bestandteilen der institutionellen Infrastruktur gehört eine stabilitäts-orientierte Geld-Verfassung.

Damit ist der wirksamste Beitrag angedeutet, den wir über genau abgegrenzte Notfall-Hilfen hinaus leisten können: Wir können die eigenen Erfahrungen und Einsichten beim Aufbau einer marktwirtschaftlichen Ordnung mit einer stabilitäts-orientierten Geld-Verfassung vermitteln. Nicht, weil wir besser, weil wir klüger sind als andere. Sondern: weil die Deutschen im Westen 1945 Chancen erhielten, die Deutschen im Osten 1989 Chancen erkämpften, die viele Völker dieser Welt nie hatten.

Literatur

- Baumeister, Reiner (1976): Die Konzeption der Zukunftsgesellschaft bei Karl Marx, Friedrich Engels und bei neueren westeuropäischen Marxisten. Köln 1976.
- Born, Karl-Erich (1981): >Geldgeschichte<. in: HDWW Bd.3. Stuttgart u.a. 1981, S.360-374.
- Bornemann, Ernst (1976): Psychology of Money. New York 1976.
- BMB (1988) - Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hrsg.): Zahlenspiegel Bundesrepublik Deutschland / Deutsche Demokratische Republik. Bonn (3)1988.
- Deininger, Werner (1974): Die Stellung der Subventionen in den Wachstumszyklen unter besonderer Berücksichtigung der Wahltermine. in: B.Gahlen (Hrsg.): Wachstumszyklen und Einkommensverteilung. Tübingen 1974, S.238-261.

- Derix, Hans-Herbert (1985): Säkulare Inflation, kompetitive Geldordnung und >unbeschränkte Demokratie<. Stuttgart 1985.
- DIW (1974) - Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Scharfer Produktionsrückgang im Wohnungsbau. In: DIW-Wochenbericht, Jg.41(1974)32, S.281-284.
- Ehrenberg, Herbert (1974): Zwischen Markt und Marx. Konturen einer infrastrukturorientierten und verteilungswirksamen Wirtschaftspolitik. Frankfurt Main 1974.
- Ehrlicher, Werner (1979): Geld als Freiheit. Über die ordnungspolitische Funktion des Geldes. in: W. F. Kasch (Hrsg.): Geld und Glaube. Paderborn 1979, S.71-88.
- Engels, Friedrich (1878): Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. In: MEW, Bd. 20. Berlin 1973.
- Engels, Wolfram (1982): Die Realassetwährung.Währungsmonopol bei Notenemissionskonkurrenz. In: J.Starbatty (Hrsg.): Geldordnung und Geldpolitik in einer freiheitlichen Gesellschaft. Tübingen 1982, S.35-43.
- Erlor, Brigitte (1985): Tödliche Hilfe. Freiburg Brsg. 1985.
- Eucken, Walter (1952): Grundsätze der Wirtschaftspolitik. Tübingen/Zürich 1960.
- Feldman, Gerald D./ Holtfrerich, Carl Ludwig/ Ritter, Gerhard A./ Witt, Peter Christian (Hrsg. 1982): Die deutsche Inflation. Berlin 1982.
- Freud, Sigmund (1933): Angst und Triebleben. In: Sigmund Freud Studienausgabe, Bd.1. Frankfurt Main 1969, S.517-543.
- Fromm, Erich (1976): Haben oder Sein (am. 1976). München 1979.
- Gaettens, Richard (1957): Geschichte der Inflationen. München 1982
- Gille, Bertrand (1976): Bankwesen und Industrialisierung in Europa 1730-1914. In: C.M.Cipolla/ K.Borchardt (Hrsg.): Europäische Wirtschaftsgeschichte. Bd. 3: Die industrielle Revolution. Stuttgart 1976, S.165-194.
- Hardach, Karl (1976): Wirtschaftsgeschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert. Göttingen 1976.
- Hasse, Rolf H. (1989): Die Europäische Zentralbank: Perspektiven für eine Weiterentwicklung des Europäischen Währungssystems. Gütersloh 1989.
- von Hayek, Friedrich August (1931): Preise und Produktion. München/Wien 1976.
- (1967): Die Ergebnisse menschlichen Handelns, aber nicht menschlichen Entwurfs: In: Ders.: Freiburger Studien. Tübingen 1969, S.97-107.
 - (1976): Denationalisation of Money. An Analysis of the Theory and Practice of Concurrent Currencies. London 1976.

- Hickel, Rudolf (1979): Konjunktur und Krise - neu betrachtet. In: K. Diehl/ P.Mombert (Hrsg.): Wirtschaftskrisen. Frankfurt Main 1979.
- Kowalski, Elmar (1991): Was ein Kriegstag am Golf kostet. In: Süddeutsche Zeitung Nr. 19, 23.01.1991, S.26.
- Luhmann, Niklas (1970): Wirtschaft als soziales System. In: Ders.: Soziologische Aufklärung, Bd.1. Opladen 1970, S.204-231.
- Marx, Karl (1844): Ökonomisch-philosophische Manuskripte. In: Ders.: Texte zu Methode und Praxis II. Reinbek 1966.
- (1865): Das Kapital. III.Band (hrsg.v. Friedrich Engels). In: MEW, Bd.25. Berlin 1964.
- Parker, Geoffrey (1979): Die Entstehung des modernen Geld- und Finanzwesens in Europa 1500-1730. In: C. M. Cipolla / K. Borchardt (Hrsg.): Europäische Wirtschaftsgeschichte. Bd.2: Sechzehntes und siebzehntes Jahrhundert. Stuttgart 1979, S.335-379.
- Pütz, Theodor (1971): Grundlagen der theoretischen Wirtschaftspolitik. Stuttgart 1971.
- Reeder, Wolfgang (1976): Industriegesellschaft - unregierbar ? In: Die Neue Ordnung, Jg.30(1976), S.110-123.
- (1991): Die Moral der Marktwirtschaft. Bonn 1991
- Rose, Richard / Peters, Guy (1978): Can Government go Bankrupt ? New York 1978.
- Rühle, Hans / Veen, Hans-Joachim (Hrsg. 1979): Wachsende Staatshaushalte. Ein internationaler Vergleich der Ursachen, Folgen und Begrenzungsmöglichkeiten. Stuttgart 1979.
- Simmel, Georg (1900): Philosophie des Geldes. Berlin (4)1922.
- Sohn-Rethel, Alfred (1976): Das Geld, die bare Münze des Apriori. In: P. Mattick/ A.Sohn-Rethel/ H.G.Haasis: Beiträge zur Kritik des Geldes. Frankfurt Main 1976, S.35-117.
- Starbatty, Joachim (1977a): Stabilitätspolitik in der freiheitlich-sozialstaatlichen Demokratie. Baden-Baden 1977.
- (1977b): Was kann der Marktmechanismus leisten ? In: W.Hennis/ P.G.Kielmansegg/ U.Matz (Hrsg.): Regierbarkeit. Bd.I. Stuttgart 1977, S.196-222.
- (Hrsg. 1982): Geldordnung und Geldpolitik in einer freiheitlichen Gesellschaft. Tübingen 1982.
- Talmon, Jacob L. (1952): Die Ursprünge der totalitären Demokratie (engl. 1952). Köln/Opladen 1961.
- Wagner, Adolph (1873): System der Zettelbankpolitik (1873). In: K.Diehl / P.Mombert (Hrsg.): Vom Gelde (1914). Frankfurt Main 1979, S.116-123.
- Woll, Artur/ Vogl, Gerald (1976): Geldpolitik. Stuttgart 1976.